



# Lübecker

# Volksbote

Tageszeitung für

das arbeitende Volk

Nummer 127

Dienstag, 31. Juli 1928

35. Jahrgang

## Die Wahrheit über den Obregon-Mord

### Religiöse Tatmotive / Moronones gänzlich unbeteiligt

Mexiko City, 31. Juli (Radio)

Das der Öffentlichkeit heute vorgelegte Untersuchungsmaterial über den Obregon-Mord zeigt klar das religiöse Tatmotiv. Der streng katholisch erzogene Mörder war Mitglied einer katholischen Organisation und der berufstätigen Liga zur Verteidigung religiöser Freiheit. Er war auch befreundet mit den hingerichteten Tätern des mißglückten Obregon-Attentates und war von der Notwendigkeit der Beseitigung Obregons und Calles im Religionsinteresse überzeugt.

Weitere Hauptverdächtige sind die Klosterschwester Concepcionacredo sowie die bisher flüchtigen Manuel Trejo und Carlos Castro, die den Mörder mit Waffen und Munition versorgten. Die beiden Letzteren waren auch die bisher unentdeckt gebliebenen Täter der im Mai im Parlament erfolgten Bomben-Explosion. Die Klosterschwester ist geständig. Sie gibt zu, daß der Mordplan im Kloster besprochen worden ist und daß sie selbst vor Monaten im vertrauten Kreise auf die Notwendigkeit des gewaltsamen Todes Obregons und Calles hingewiesen hat. Der Mörder hat am frühen Morgen des Mordtages die Messe gehört und die Abolution erhalten und ist auch am

Vortage des Mordes mit einem Priester namens Imenenz zusammen gewesen. Es ist aber zweifelhaft, ob der Priester mit dem Mordplan vertraut war.

Der Mörder hat in seinen Besprechungen mit Zeitungskorrespondenten ausdrücklich sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß ihm die Bemühungen Obregons zur Beilegung des Religionskonfliktes vor dem Attentat nicht bekannt gewesen seien. Er habe ganz selbständig gehandelt, um die

Kirche und Obregons Seele

zu retten.

Der Mörder beantwortet die Frage eines Korrespondenten, ob Moronones, wie behauptet, mit dem Mordkomplott verquidelt sei, folgendermaßen: Es wäre leicht, in meiner jetzigen Lage andere Leute zu beschuldigen. Da ich aber guter Katholik bin, will ich keinen Unbeteiligten, insbesondere keinen Mann, der selbst Religionsfeind ist, beschuldigen.

Die polizeiliche Untersuchung ist abgeschlossen. Es sind insgesamt 23 Schuldige den ordentlichen Gerichten zugeführt worden, die den Prozeßbeginn beschleunigen werden.

## Der Brüsseler Kongress

In dieser Woche beginnen in Brüssel die Vorbereitungen der Exekutive und der Sonderausschüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale, als Auftakt für den großen sozialistischen Weltkongress, der am Sonntag, dem 5. August, eröffnet wird. Der Zeitpunkt dieser Tagung ist insofern günstig, als die wichtigsten Probleme der internationalen Politik in den kommenden Wochen und Monaten von den Regierungen in Angriff genommen werden dürften. Ihre Lösung im Sinne der Forderungen der internationalen Arbeiterklasse zu beeinflussen, ist eine der Hauptaufgaben des Brüsseler Kongresses. Dazu bietet die festgesetzte Tagesordnung des Kongresses die günstigsten Gelegenheiten. Sie umfaßt in der Hauptsache vier Punkte: 1. Die weltpolitische Lage und die internationale Arbeiterklasse. 2. Der Militarismus und die Abrüstung. 3. Das Kolonialproblem. 4. Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse.

Es gibt eigentlich keine einzige große Frage politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Natur, die nicht in den Rahmen dieser Tagesordnung gehört. Insbesondere der vierte Punkt umfaßt sozusagen alle Probleme, mit denen die materielle Lage der Arbeiterklasse verknüpft ist. Arbeitszeit, Rationalisierung, Schutzlöhne sind Begriffe, um die zwischen Kapitalismus und Proletariat in jedem Lande heftig gerungen wird. Die grundsätzliche Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaftsinternationale und Sozialistischer Internationale läßt sich hier praktisch nicht durchführen. Denn, obwohl diese Probleme wegen ihrer vorwiegend wirtschaftlichen Charaktere scheinbar vor das Forum eines internationalen Gewerkschaftskongresses gehören, so setzt ihre Lösung parlamentarische Kämpfe, zum Teil sogar diplomatische Verhandlungen voraus. Insofern ist es unvermeidlich, daß auch dies politische Instrument der Weltarbeiterklasse, die Sozialistische Internationale, sich mit ihnen befaßt und eine einheitliche Stellungnahme aller angeschlossenen Parteien herbeiführt.

Die übrigen Punkte der Brüsseler Tagesordnung sind nicht weniger umfangreich und nicht weniger aktuell. „Weltpolitische Lage“, diese zwei Worte umfassen alle außenpolitischen Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft; Fragen, die Europa unmittelbar berühren, und solche, die in erster Linie das Schicksal anderer Weltteile betreffen. Rheinlandräumung, Völkerbund, Faschismus und Bolschewismus, diese alten Probleme, die frühere internationale Kongresse schon beschäftigt haben, bedürfen abermaliger einheitlicher Richtlinien für den internationalen Sozialismus. Es sind aber neue wichtige Probleme hinzugekommen. So der Kriegsausgang und der Kampf des neuen China um seine volle politische und wirtschaftliche Souveränität und Gleichberechtigung. Bereits vor drei Jahren hatte der Pariser Kongress zu den Ereignissen im Fernen Osten Stellung genommen, aber die Entwicklung seit der Eroberung Peking erfordert eine neue Stellungnahme. Der bolschewistische Faktor, der noch im Jahre 1925 im Vordergrund des China-Problems stand, ist fast völlig ausgefallen, dafür müssen die Gefahren, die sich jetzt aus dem japanischen Imperialismus für den Frieden im Stillen Ozean ergeben, um so energischer bekämpft werden.

Ursprünglich war beabsichtigt, den chinesischen Fragenkomplex im Zusammenhang mit dem dritten Punkt (Kolonialprobleme) zu behandeln, denn in der umfangreichen Resolution zur Kolonialfrage, die der Sonderausschuß der Internationale für den Brüsseler Kongress ausgearbeitet hat, befindet sich ein Passus, der die „volle Unabhängigkeit und Gleichberechtigung Chinas und die Beseitigung der das chinesische Volk bedrückenden ungleichen Verträge“ fordert. Nach der neuesten Phase des chinesischen Freiheitskampfes dürfte es allerdings angebracht sein, das China-Problem aus dem Kolonialthema herauszunehmen und in die Beratungen über die weltpolitische Lage einzugliedern.

Ebenso berührt der Kelloggpaakt unmittelbar die Abrüstungsfrage. Für uns Sozialisten hat der Kriegsausgangsvertrag, dessen Entstehungsgründe und dessen „moralischem Wert“ wir Sozialisten überaus kritisch gegenübersehen, nur dann einen Sinn, wenn er zum Anlaß einer verstärkten Abrüstungskampagne genommen wird. „Der Militarismus und die Abrüstung“, jenes Thema, das schon so viele Kongresse der Vorkriegszeit beschäftigt hat, bedarf dringend eines starken Anstoßes des internationalen Proletariats. Die Völker müssen gegen die Regierungen mobil gemacht werden, die seit zwei Jahren in Genf immer wieder erkennen lassen, daß sie zwar von Abrüstung reden, aber immer wieder neue Gründe und Vorwände entdecken, um die Abrüstungskonferenz hinauszuschieben. Wir verhehlen uns dabei nicht, daß dieser besonders schwierige Punkt der Brüsseler Tagesordnung geeignet ist, Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Internationale zutage zu fördern. Der Sonderausschuß des S.A.I. hat zwar einen Resolutionsentwurf einstimmig angenommen, der ein nahezu erschöpfendes Abrüstungsprogramm enthält, aber bei aller Einmütigkeit im Ziele, gibt es noch immer verschiedene Auffassungen hinsichtlich der Metho-

## Der Sozialabbau in Bayern

München, 30. Juli (Eig. Bericht.)

Der Bayerische Landtag sprach sich am Montag in namenhafter Abstimmung mit 60 gegen 52 Stimmen für den Abbau einzelner Ministerien aus. Die Reihen der Opposition wurden durch 7 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei verstärkt, die den christlichen Gewerkschaften nahestehen und die plötzlich in der Auflösung des Sozialministeriums eine „unerträgliche staatspolitische Benachteiligung der Arbeitnehmererschaft“ erblickten. Ursprünglich wollten diese sieben Leute ihrer Opposition in offener Landtagsdebatte Ausdruck geben. Sie begnügten sich aber schließlich mit einem Brief an den Ministerpräsidenten, der als der Urheber dieses Verrats des Sozialministeriums an den sozialreaktionären Bauernbund angesehen werden muß. In diesem Schreiben wird in veräppelter Form dem Ausdruck gegeben, was in den letzten Tagen in Dutzenden von Protestkundgebungen der christlichen Arbeitererschaft bekannt geworden ist.

Den christlichen Arbeiterabgeordneten war es in Wirklichkeit mit ihrer Opposition garnicht sonderlich ernst; denn nach Annahme der Regierungsvorlage wurde Dr. Feld mit ihren Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Feld erhielt 72 Stimmen, das bedeutet eine Mehrheit von 7 Stimmen. Die sozialdemokratische Fraktion gab weiche Jettel ab.

Am Dienstag nachmittag stellt Ministerpräsident Dr. Feld dem Landtag sein „neues“ Kabinett mit den alten Ministern vor. Die Regierungserklärung wird von den Parteien mit kurzen Erklärungen beantwortet werden. Die politische Aussprache soll erst im Herbst stattfinden.

## Krach in der Bayerischen Volkspartei

München, 30. Juli

Der offene Verrat, den die Parteileitung der Bayerischen Volkspartei an der christlichen Arbeitererschaft durch Zerstückelung und Auflösung des Sozialministeriums beging, hat innerhalb dieser Partei offenbar eine recht ernste Situation geschaffen. Die „Mugsburger Volkszeitung“, ein führendes Organ der Partei, schreibt darüber:

„Das ist eine sehr peinliche Situation, weil sie das Fundament der Bayerischen Volkspartei noch mehr erschüttert, als es ohnehin bereits der Fall ist. Die Partei befindet sich zurzeit in folgender Lage: Bei den letzten Wahlen vom 20. Mai hat sie einen beträchtlichen Stimmenverlust erlitten. Bei der jüngsten Koalitionsbildung hatte die Partei innere Schwierigkeiten beträchtlicher Art zu überwinden, und was sie erreicht hat, ist kein Plus an innerer Stärke und Geschlossenheit; denn die christlichen Bauernvereine mit dem Ergebnis der Koalitionsbildung zufrieden sind, kann niemand behaupten. Nun kommt noch die tiefe Vertiefung der Arbeiterkreise der Partei dazu. Das ist eine Summe von inneren Unstimmigkeiten, die die Partei in ihrem Hochstand noch hätte ertragen können. In der gegenwärtigen Verfassung aber, in der sich die Partei befindet, liegt die Gefahr des Ausbruchs einer Parteikrise nahe. Die verantwortlichen Instanzen der Partei werden sich über Mittel und Wege schlüssig machen müssen, wie die Kräfte eingebremst und eine Plattform gefunden werden kann, auf der ein Ausgleich und die möglichste Herstellung der früheren Geschlossenheit erzielt werden kann.“

## Die Wahrheit über die Reichsbahn

Aus Eisenbahnerkreisen schreibt man uns:

Der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Dr. Quack hat an den Reichsfinanzminister einen längeren Brief gerichtet, in dem er die letzten Eisenbahnglücksfälle mit der Reparationsbelastung der Reichsbahngesellschaft in Zusammenhang bringt. Quack erinnert in seinem Schreiben daran, daß ein Teil des Hauptgleises, besonders in Bayern und Baden, überaltert sei und behauptet, daß eine Prüfung der Frage, ob für die Unterhaltung und Erneuerung der deutschen Eisenbahnanlagen unter dem Druck der Reparationslasten das Erforderliche geschehe, eine negative Antwort ergibt. Die Reichsbahn sei nicht nur durch die eine runde Milliarde, gleich 20 Prozent der Roheneinnahmen, betragenden Reparationszahlungen überlastet, sondern werde auch durch die Konstruktion dieser Reparationslasten bewegungsunfähig gemacht. Dadurch werde für die Reichsbahngesellschaft eine geordnete Anleiherwirtschaft unmöglich. Quack schlägt schließlich vor, „unbeschadet einer tragbaren Endlösung der Reparationsfrage überhaupt, die Eisenbahn aus dem Pfandneuzug zu befreien und die Reparationslast als einheitliche Last des deutschen Volkes zu betrachten.“ Eine Besserung der Verhältnisse bei der Reichsbahn könne er sich durch eine Erhöhung der Tarife allein nicht versprechen.

Als die jüngsten Unglücksfälle in Bayern zu verzeichnen waren, führten nationalistische Organe diese furchtbaren Ereignisse einzig und allein auf die Reparationslasten zurück. Die Veröffentlichungen der Reichsbahngesellschaft selbst haben inzwischen gezeigt, daß das Unfug ist. Insbesondere werden bestritten, daß die Reparationsbelastung der Reichsbahngesellschaft eine geordnete Anleiherwirtschaft, wie der Reichstagsabgeordnete Quack behauptet, unmöglich macht. Es ist doch genügend bekannt, daß die Reichsbahngesellschaft bisher niemals den ersten Versuch gemacht hat, zur Deckung ihres Finanzbedarfes an den Geldmarkt heranzutreten. Selbstverständlich muß bei einer Erörterung der Finanzlage der Reichsbahn in den nächsten Wochen peinlich genau unterjucht werden, wie sich die Reparationsbelastung auswirkt. Wer aber, wie Dr. Quack, die von der Reichsbahngesellschaft behauptete ungünstige finanzielle Lage ohne eingehende Prüfung als wahr unterstellt und Mißstände auf nichts anderes als auf die Reparationsbelastung zurückführt, betrachtet die Dinge sehr einseitig und im Lichte deutsch-nationaler Agitation. Eine solche Demagogie kann das Bild nur verwirren und die notwendige Lösung erschweren.

## Der ewige Schwandel

Die kommunistische Presse verbreitet seit einigen Tagen einen Artikel des Kölner Kommunistenorgans, nach dem der Vorsitzende des 6. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Oswald Hirschfeld dem Ehrenauschuß des 14. Deutschen Turnfestes angehören soll. Dazu erklärt Hirschfeld:

Von dieser angeblichen Mitgliedschaft im Ehrenauschuß für das Deutsche Turnfest ist weder mir, noch der Leitung des Deutschen Turnfestes etwas bekannt. Es handelt sich also wieder einmal um eine der bekannten persönlichen Anspielungen. Ich habe lediglich von dem mir als Stadtverordneten und Mitglied des städtischen Ausschusses für Turnen, Spiel und Sport zustehenden Recht auf Erhalt einer Freikarte Gebrauch gemacht, wie sie der kommunistische Stadtverordnete Bundesgenosse Peter Stahl, Köln, auch erhalten hat. gez. Oswald Hirschfeld.



# Die lettische Aktion

## Dummheit und Knüppel regieren

Riga, 30. Juli (Eig. Bericht)

Die rechtsbürgerliche Regierung Juratschewsky wird, je näher die Stunde der Wahlen kommt, um so nervöser und unsicherer. Sie weiß, daß sie von der Gnade einer Zufallsmehrheit im Parlament lebt und nicht darauf rechnen kann, diese Mehrheit im neuen Parlament wieder zu finden. In ihrer nervösen Verzweiflung hat sie die Linken Gewerkschaften verboten. Diese Maßnahme hat sogar in bürgerlichen Kreisen Kopfschütteln und scharfe Kritik hervorgerufen.

Eine offizielle kommunistische Partei existiert, wie in keinem der baltischen Staaten, so auch in Lettland nicht. Wenn auch die großen Massen der städtischen und ländlichen Arbeitnehmer in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisiert sind und diese Wählermassen die absolut stärkste Fraktion in das Parlament einbringen, so gibt es doch unzweifelhaft links von der Sozialdemokratie kommunistische Elemente, die über einen gewissen Umfang unter dem unaufgeklärten Proletariat der zugewanderten russischen und litauischen Schwarzarbeiter verfügen. Es ist ferner ein offenes Geheimnis, daß Moskau diese Elemente mit Agitationsmitteln jeder Art unterstützt. Bei der Moskauer 3. Internationale besteht eine besondere lettische Sektion, die von bekannten lettischen Kommunisten geleitet wird. Diese Sektion unterhält illegale Beziehungen nach Lettland und entsendet Agenten. Ihre Aufgabe ist, auf dem Umweg über gewisse legale Organisationen die Massen agitatorisch zu durchsetzen. Den Kern dieser Organisationen bilden die sogenannten „Linken Gewerkschaften“, denen eine Reihe anderer Organisationen angeschlossen sind, wie der Verein „Menschenrechte“, eine

Krankenkasse, Sportvereine, Genossenschaften, Kulturorganisationen. Alle diese Organisationen sind in der Tat nur Kulissen für die illegale Arbeit der Kommunisten. Es steht außer Zweifel, daß die meisten dieser Organisationen ohne Moskau unter seiner Führung überhaupt nicht lebensfähig wären. Von 170 Millionen Rubel, die im Budget der 3. Internationale für die kommunistische Propaganda vorgesehen sind, wurde ein nicht unbedeutender Teil nach Lettland überwiesen. Es ist z. B. nachgewiesen, daß das Zentralbüro der Linken Gewerkschaften und der Verein „Menschenrechte“ durch eine Rigaer Bank und durch Vertrauenspersonen als Empfänger laufende Geldsummen aus Rußland erhielten. In den Büchern der Linken Gewerkschaften sind außerdem größere „Spenden“ aus Moskau festgesetzt worden. Gegen diesen Verbotsmaßnahme der Agitation, den sogenannten Linken Gewerkschaften zweifellos darstellen, dessen Gefährlichkeit aber von der bürgerlichen Presse stark aufgebauscht wird, ging die Regierung Juratschewsky mit den denkbar ungeeigneten Mitteln des Polizeiknüppels vor. In Lettland stehen Parlamentswahlen bevor. In dieser Situation dürfte es für die äußersten Linken kaum ein besseres Agitationsmittel geben als die Polizeiaktion des Innenministers Laimins, auf dessen Antrag hin das Bezirksgericht sämtliche linken Organisationen in Riga und in Dabau auflösen ließ. Gleichzeitig wurde das ganze Aktenmaterial der betreffenden Bureaus beschlagnahmt und eine Anzahl von Führern in Haft genommen.

Wenn schon das prinzipielle Verbot jeder legalen kommunistischen Parteiorganisation eine problematische Angelegenheit ist, über die auch im lettischen Bürgertum sehr geteilte Meinungen herrschen, so sind die jetzigen Verfolgungsmaßnahmen erst recht sinnlos und ungewandigt. Die illegale Arbeit der Moskauer Emissäre wird damit nicht verhindert, sondern nur in ein unkontrollierbares Dunkel zurückgedrängt. Die Volksmassen sehen im Staate nur die brutale Polizeigewalt und werden den Einfüllungen der staatsfeindlichen Elemente nur zugänglich. Der polizeiliche Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft bleibt auf jeden Fall verdamnungswürdig, auch wenn erwiesen sein sollte, daß das Koalitionsrecht in manchen Fällen mißbraucht worden ist.

Aus diesen Gründen hat sich auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands, obgleich sie und ihre Gewerkschaften von den Linken (kommunistischen) Gewerkschaften auf Schritt und Tritt verleumdet und bekämpft wurden, sofort auf die Seite der Unterdrückten gestellt. Das Parteiblatt „Der Sozialdemokrat“ veröffentlichte einen scharfen Protest gegen die Verfolgungsmaßnahmen der Regierung und rief die Arbeiterschaft zu Protestdemonstrationen auf. Die Antwort darauf war — die Konfiszierung des „Sozialdemokrat“. Nichts beweist besser die innere Schwäche und Unsicherheit der bürgerlichen Regierung als dieses Vorgehen auf die brutale Gewalt. Damit ist die Angelegenheit, die zunächst unter der Losung „Kampf gegen die staatsfeindlichen Elemente“ noch einen Schein von Rechtmäßigkeit für sich hatte, zu einer rein parteipolitischen Aktion der bürgerlichen Regierung gegen die Linke geworden. Welche unmittelbaren Folgen diese Aktion haben wird, ist vorerst noch nicht abzusehen.

## Die Berufskrankheiten

Der Bundesausschuß des ADGB, der am Montag zur Vorbereitung des Hamburger Gewerkschaftskongresses zusammengetreten war, nahm zur Frage der Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig im Sinne der Unfallversicherung folgende Entschädigung an:

„Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsrisiko in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur 11 durch die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 12. Mai 1925 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nach eingehender Vernehmung von Gutachtern 10 weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Lärmbetrieben, Erkrankungen durch Pfeilwerkzeuge und Staublungenerkrankungen in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie und in Thomasladenebetrieben) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt. Der Bundesausschuß des ADGB erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1925 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesausschuß die Anerkennung aller Berufskrankheiten, die überwiegend durch Berufsarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.“

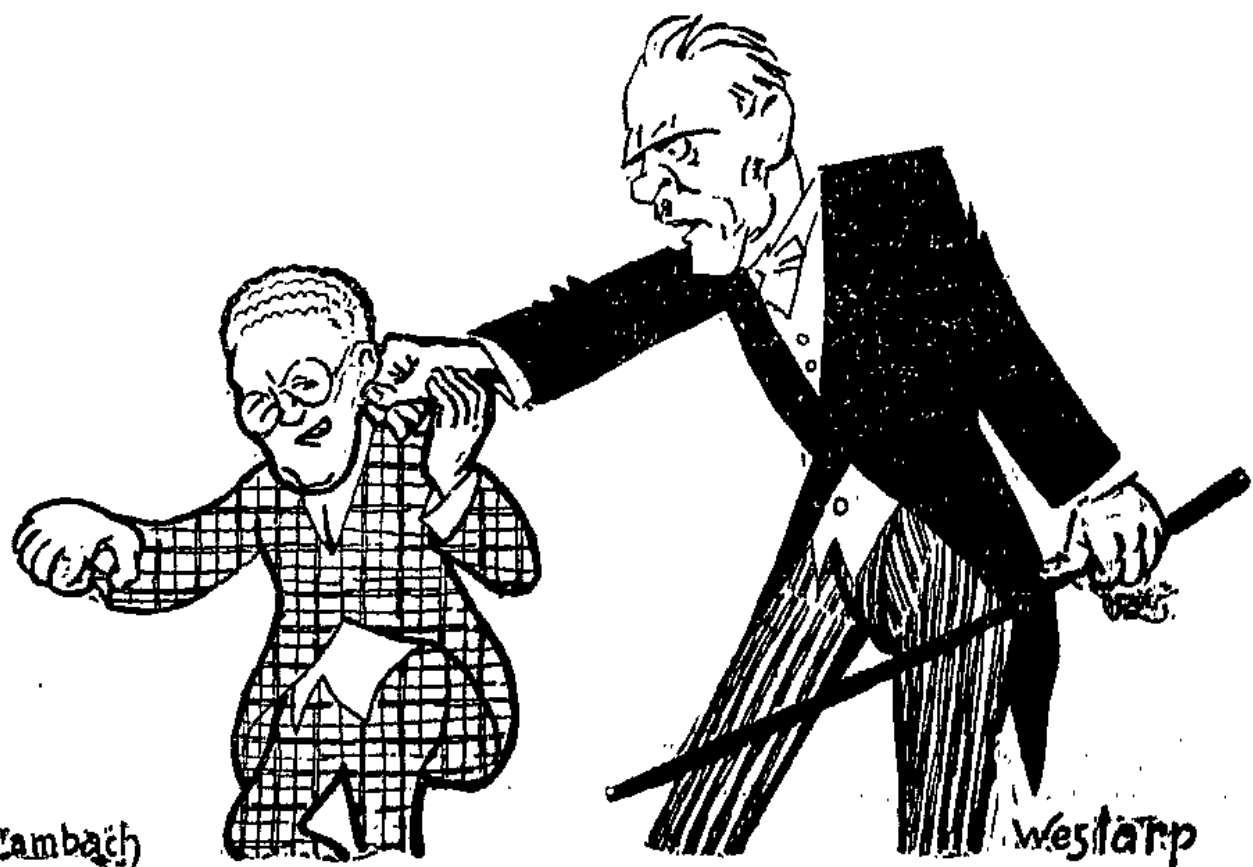
Ferner erwartet der Bundesausschuß, daß auch die Durchführung der Verordnung den berechtigten Interessen der Berufskrankten Rechnung trägt, wie es in einer Eingabe des Bundesvorstandes am 28. Oktober 1927 den zuständigen Regierungsstellen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Begutachtung der Berufskrankheiten vor den Versicherungsämtern durch Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen und wirtschaftlich vom Unternehmer abhängige Fabrikärzte hat nachweislich Mängel gezeigt. Es sollen daher bei der zur Durchführung der Verordnung nötigen Begutachtung in erster Linie beamtete Ärzte, die die nötige Sachkenntnis besitzen, herangezogen werden. Diese erscheinen durch ihre aktive Stellung, die für ihre Objektivität und Freiheit von wirtschaftlichen Interessen bürgen muß, geeignet, das entscheidende Vertrauen der Arbeiterschaft zu der genannten Verordnung wiederherzustellen.“

Der Ausschuß befaßte sich dann noch mit der Klärung des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie und der Regelung bzw. Möglichkeit zu ihrer Durchführung. Rapphals, der über dieses Thema auch in Hamburg sprechen wird, erklärte zu der vorliegenden Entschädigung, daß die Aufstellung der Forderung der Wirtschaftsdemokratie durch die deutschen Gewerkschaften weder ein Verzicht auf das soziale Ziel noch ein Erfolg für den Sozialismus bedeute, sondern eine Ergänzung der sozialen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung. Die endgültige Formulierung einer entsprechenden Entschädigung wurde dem Bundesausschuß überlassen. Anschließend befaßte sich der Bundesausschuß mit der Frage der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung. Zu dieser Frage wird dem Hamburger Kongress eine entsprechende Entschädigung zugehen, die von dem Bundesausschuß vollinhaltlich gebilligt wurde. Von dem Bundesausschuß wurden schließlich noch zahlreiche Anträge, die in Hamburg erörtert werden, vorderaten.

den. Es ist besser, diese Gegenstände in den Kommissionen und nötigenfalls auch im Plenum des Kongresses offen aufzulegen, als sie im Interesse einer oberflächlichen Einstimmigkeit zu verschweigen, denn sie würden später in der Praxis zum Vorschein kommen.

Hauptaufgabe der Internationale ist die Sicherung des Weltfriedens und die Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse aller Länder und aller Rassen. Der Brüsseler Kongress wird über alle großen Probleme der Gegenwart und der nächsten Zukunft Beschlüsse fassen, die für sämtliche Parteien der Sozialistischen Internationale bindend sind. Aber gerade deshalb müssen diese internationalen Beschlüsse so gefaßt sein, daß sie auch praktischen Wert besitzen. Das Zeitalter der rein grundsätzlichen ideologischen Forderungen ist für den internationalen Sozialismus vorbei; für ihn hat das Zeitalter der Verantwortung begonnen. Die Brüsseler Resolutionen von 1928 werden vielleicht weniger revolutionäre Schwingung haben als die Resolutionen der internationalen Kongresse in der Vorkriegszeit, aber sie werden dafür den Wählern greifbare Dienste leisten; sie werden die Richtlinien für eine Politik bilden, durch die man der internationalen Arbeiterklasse das Maximum an Friedenssicherung und an sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Wohlfahrt bieten kann, das innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist. Die Überwindung dieser Gesellschaftsordnung bleibt das Ziel des internationalen Sozialismus. Aber um der heute lebenden Generation zu dienen, muß man als Sozialist nach dem Letztzweck handeln, den der große Jean Jaurès — der vor 14 Jahren als Märtyrer des Friedens fiel — einst so schön formuliert hat: „Dem Ideal zustreben, zugleich aber die gegebenen Tatsachen erfassen.“

## „Wer Knecht ist...“



„Und merken Sie sich: Ein Handlungsgehilfe bleibt in der DAW. eben Gehilfe. Prinzipal bin ich!“

## Die Lohnsteuersenkung

Die vom Reichstag beschlossene Ermäßigung der Lohnsteuer ist gegen den schärfsten Widerstand der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und — der Kommunisten zustande gekommen. Diese Einheitsfront zur Verhinderung eines sozialen Fortschritts mit den schärfsten Reaktionären ist den Kommunisten jetzt so unangenehm, daß sie durch die schlimmsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie ihre eigenen Anhänger zu beruhigen versuchen. Sie behaupten dabei u. a., die beschlossene Ermäßigung der Lohnsteuer sei bedeutungslos und unsozial.

Beide Vorwürfe sind unberechtigt, besonders im Munde derer, die überhaupt gegen jede Senkung der Lohnsteuer waren. Hätten die Kommunisten durch ihr Bündnis mit den Schwerindustriellen und den Großagrariern eine Mehrheit erhalten, so würden die Lohnsteuerpflichtigen überhaupt keine Ermäßigung erhalten haben. Das aber ist das Entscheidende. Auch die Sozialdemokratie ist von der jetzt erfolgten Regelung in keiner Weise befriedigt. Sie betrachtet sie nur als eine Abschlagszahlung und sie hält an ihren weitergehenden Forderungen durchaus fest. Aber da der Widerstand im Reichstag gegen eine sofortige Ermäßigung der Lohnsteuer auch von den Kommunisten ausging, hatte man zu wählen, ob die Lohn- und Gehaltsempfänger ganz leer ausgehen sollten, oder ob es nicht besser ist, wenigstens etwas für sie zu erreichen.

Der Reichstag beschloß, die Ermäßigung der Lohnsteuer von 15 auf 25 Prozent zu erhöhen und eine weitere Milderung dadurch einzutreten zu lassen, daß die Steuer nur von Beträgen berechnet wird, die beim Monateinkommen auf volle 5 RM., bei Wocheninkommen auf volle Mark nach unten abgerundet sind. Daburück gestaltet sich die Steuerleistung eines Ledigen folgendermaßen:

Monatsarbeitslohn	bisherige Steuerleistung	Steuerleistung vom 1. Oktbr. ab	Ermäßigung um
RM.	RM.	RM.	RM.
112,50	1,05	—	1,05
125,—	2,10	1,85	0,25
150,—	4,25	3,75	0,50
175,—	6,35	5,60	0,75
200,—	8,50	7,50	1,—

Wie aus dieser Aufstellung hervorgeht, wird die unterste Gruppe der bisher Steuerpflichtigen völlig steuerfrei; sie erhält die größte Ermäßigung. Bei den anderen Steuerpflichtigen ist die Ermäßigung in den unteren Gruppen sehr klein, erreicht aber bereits bei einem Monateinkommen von 200 Mark die Höchstgrenze von 1 Mark monatlich.

Unwahr ist ferner, daß die Familien mit höherer Kinderzahl benachteiligt werden. Von ihr kann schon deshalb nicht gesprochen werden, weil die steuerfreie Grenze bei den kinderreichen Familien verhältnismäßig hoch ist. Bei einer Familie mit zwei Kindern sind jetzt bereits 140 Mark, mit drei Kindern 180, mit vier Kindern 240 und mit fünf Kindern 320 Mark steuerfrei. Infolge dieser hohen steuerfreien Grenze kommt

die jetzt beschlossene Ermäßigung den kinderreichen Familien nur zum kleinen Teil zugute. Aber einfach deswegen, weil sie bisher bereits zum größten Teil steuerfrei sind.

Da der Gesamtausfall pro Jahr 182 Millionen beträgt, die sich auf rund 15 Millionen Steuerpflichtige verteilen, so beträgt die Ermäßigung pro Kopf durchschnittlich etwa 8% Mark. Sie ist also nicht so unbedeutend, wie die Kommunisten behaupten. Die Sozialdemokratie sieht die durch ihre Initiative herbeigeführte Senkung der Lohnsteuer trotzdem nicht als eine Erfüllung ihrer Wünsche an, sondern nur als einen ersten bescheidenen Teilerfolg. Würden die Kommunisten, anstatt an der Seite der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu kämpfen, mit der Sozialdemokratie in einer Front gestanden haben, so wäre der Erfolg für die Arbeiterklasse wahrscheinlich größer gewesen. Aber wie immer, so stand auch in dem Kampf um die Senkung der Lohnsteuer den Kommunisten parteipolitischer Haß höher als das Interesse der Arbeitermassen!

## Vorläufige Einigung im Saargebiet

Saarbrücken, 30. Juli (Eig. Bericht)

Die Gefahr eines Bergarbeiterstreiks im Saargebiet ist vorläufig beboben, nachdem die Regierungskommission und die französische Bergwerksdirektion den Bergarbeitern gewisse Zugeständnisse gemacht haben.

Der französische Staat hat an den Saargebieten in rund sieben Jahren drei Viertel Milliarden Franken verdient. Trotzdem erklärt er sich außerstande, auch nur 5 Millionen für eine dringend notwendige Lohnaufbesserung der Saargebetsarbeiter aufzubringen. Der französische Staat war bereit, es wegen dieser 5 Millionen Franken zum Bergarbeiterstreik kommen zu lassen und einen Kohlenausfall zu wagen, der schon nach zwei bis drei Tagen diese Summe übersteigen mußte und der zugleich den Staatshaushalt des Saargebietes um außerordentlich hohe Beiträge gebracht hätte. Wollte die Regierungskommission des Saargebietes nicht ihr ganzes Budget gefährden, so mußte sie wohl oder übel in irgendeiner Form die Lohnerhöhung tragen, obwohl an sich der französische Staat als der Arbeitgeber und Profitträger des Saargebietes dazu verpflichtet gewesen wäre. So kam es, daß die Profit- und Raubbaupolitik der französischen Bergwerksdirektion die Regierungskommission zwang, als einmalige Beihilfe für den Lohnausfall durch Feiertagsarbeiten den Bergarbeitern des Saargebietes eine Zuwendung von 100 Franken zu machen. Eine ebensolche Zuwendung wird die französische Bergwerksdirektion zu Weihnachten geben. Daneben hat sich die französische Bergwerksdirektion lediglich dazu verstanden, solche Änderungen des alten Tarifvertrages zuzugestehen, die keine wesentlichen Lohnerhöhungen mit sich bringen würden.



# Kampf in der Aluminiumindustrie

## Ist eine europäische Regelung möglich?

Mit der Herabsetzung der Aluminiumpreise durch das europäische Kartell ist der Kampf zwischen den Aluminiumproduzenten Amerikas und Europas offen zum Ausdruck gekommen. Davon wird auch die deutsche Wirtschaft betroffen, kontrolliert sie doch rund ein Drittel der europäischen Erzeugung. Für die Maßnahmen, die der nun ausgebrochene Kampf in der Aluminiumproduktion früher oder später notwendig machen wird, kann die Lastfrage von Bedeutung werden, daß ungefähr 80 Prozent der deutschen Aluminiumproduktion auf Reichsbetriebe entfallen. Das Reich ist also in seiner Eigenschaft als Aluminiumindustrie interessiert und erhält so Gelegenheit, gesunde Wirtschaftspolitik zu machen. Welche Wege und welche Mittel stehen zur Verfügung?

Bis jetzt wird der Kampf zwischen den Amerikanern und den Europäern in der Weise geführt, daß sie sich gegenseitig mit den Preisen unterbieten. Das beweist allerdings, wie sehr die Verkaufspreise übersteuert sind; auf die Dauer wird man aber diese Methode nicht beibehalten können. Sie belastet vor allem die in der Aluminiumindustrie tätige Arbeiterschaft und die Verbraucher im Lande und muß naturgemäß bald Widerstand und Grenze finden. Ueberhaupt hat das Reich in seiner Eigenschaft als Kontrollinstanz der Wirtschaft (auf Grund der Kartellverordnung usw.) doppelte Ursache, ein Dumping (Verkauf auf den Auslandsmärkten zu gedrückten Preisen mit Hilfe überhöhter Inlandspreise und gedrückter Arbeitslöhne) abzulehnen. Abzulehnen ist auch der Vorschlag, den Kampf gegen die Amerikaner mit Hilfe des Schutzolles zu führen. Man kann allerdings z. B. einen europäischen Rahmentarif schaffen, der die Einfuhr von Aluminiumprodukten mit einem Zoll belegt, der sie zum mindesten auf den Stand des europäischen Materials verteuert.

Selbst wenn man sich über die Folgen, die ein solches Vorgehen für unser handelspolitisches Verhältnis zu Amerika haben muß, hinwegsehen will, ergibt sich aber, daß man mit erhöhtem Zoll nicht zum Ziele kommt. Man kann den amerikanischen Aluminiumtrust nicht mit Zollerhöhungen schlagen, weil dieser bereits in der europäischen Aluminiumproduktion Fuß gefaßt hat; er kontrolliert z. B. rund die Hälfte der norwegischen Produktion. Die Erhöhung der Aluminiumzölle auf der Grundlage eines europäischen Rahmentarifs kann selbstverständlich nur dann erfolgen, wenn man die von den Amerikanern kontrollierte norwegische Erzeugung aufkauft. Dafür sind aber so gut wie gar keine Aussichten vorhanden.

Von anderer Seite wird empfohlen, daß die europäische Aluminiumindustrie zum Schlag ausholen, d. h. in außer-europäische Märkte eindringen soll. Wie liegen hier die Dinge? Einmal muß festgestellt werden, daß große, an und für sich aussichtsreiche Märkte dafür überhaupt nicht in Frage kommen. Zu nennen ist hier besonders Südamerika, das von Nordamerika aus viel besser als von Europa aus zu versorgen ist. Für einen anderen großen und aussichtsreichen Markt, Kanada, ist zu beachten, daß die dortige Produktion seit längerem mit der nordamerikanischen Erzeugung liiert, zum Teil recht eng verbunden ist. Auch auf anderen Märkten, Ostasien, wo unter Umständen eine Invasion der europäischen Aluminiumindustrie Erfolg haben könnte, steht der amerikanische Trust von vornherein gerüsteter und schlagkräftiger da als das europäische Kartell. Kommt es zu Kämpfen auf diesen Märkten, dann werden sie nur mit Hilfe des Dumpings, der Preisunterbietung geführt werden können. In diesem Wettlauf wird aber der amerikanische Trust den längeren Atem haben. Es bleibt schließlich nur ein Weg übrig, die Sicherung des eigenen Marktes.

Wenn man diesen Weg aber gehen will, muß man die gesamte europäische Aluminiumindustrie reorganisieren, muß eine Zusammenfassung der Produktion erfolgen, die über den Rahmen des heute bestehenden Preisartikels hinausgeht. Eine gesunde Marktpolitik könnte vielleicht Zusammenfassung der Produktion in einem Trust unter einheitlicher Leitung nötig machen. Eine Rationalisierung der Industrie im europäischen Maßstab kann erst wirkliche Hilfe bedeuten und Schutzoll und Dumping unnötig machen. Voraussetzung ist natürlich dabei, daß sich die verarbeitende Industrie dieser Politik anschließt und nicht durch Preisüberhöhung in der Verarbeitung verdirbt, was durch Rationalisierung in der Grundindustrie erreicht wird.

Daß der Gedanke, eine Industrie schnell zu rationalisieren, die über ganz Europa verstreut ist, bei seiner Verwirklichung auf Schwierigkeiten stößt, ist selbstverständlich. Unter dem Zwang der Not — und die Not heißt in diesem Falle, die amerikanische Konkurrenz — sind aber schon andere Schwierigkeiten überwunden worden. Insbesondere fällt der deutschen Wirtschaft auf Grund ihrer Stellung in der europäischen Aluminiumproduktion die Aufgabe zu, führend einzugreifen. Die Dinge, die bei der ganzen Reorganisation der Aluminiumindustrie in Europa auf dem Spiele stehen, sind von solcher Wichtigkeit, daß Deutschland auch nicht davor zurücktreten sollte, mit Hilfe einer starken Außenpolitik die Vereinfachung zu erzwingen. Gelingt das, dann ist in einer erfolgreichen Behauptung der europäischen Aluminiumproduktion der Beweis für die Lebensfähigkeit eines wirtschaftlichen Paneuropas erbracht.

## Sinowjew aufgetaucht

Sinowjew erhielt wieder ein offizielles Amt in der Sowjet-Union.



Kork schwimmt oben.

## Um die Braunkohlenpreise

Der Reichswirtschaftsminister will die Preise halten und prozessiert

Der Reichskohlenverband und der Große Ausschuss des Reichskohlenrates beschäftigten sich am Donnerstag mit der Erhöhung der Braunkohlenpreise. Es handelte sich um die während der Sitzung eingebrachten Preissteigerungsanträge einer Mehrheit. Gegen den Wunsch, das Reichswirtschaftsministerium Einspruch, und zwar will der Reichswirtschaftsminister verhindern, daß die Braunkohlenpreise über den Stand des Vorjahres steigen. Über den Verlauf der Sitzung wird folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

In der gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurde zunächst von der Kommission, die in der letzten Sitzung zur näheren Untersuchung der Selbstkosten und Wettbewerbslage des Braunkohlenbergbaues eingesetzt war, Bericht über das Ergebnis der Untersuchungen erstattet. Die Kommission ist nicht zu einem einheitlichen Ergebnis gekommen, hat jedoch in ihrer Mehrheit dem Großen Ausschuss des Reichskohlenrates zur Erwägung anheimgestellt, die Preise bis einschließlich Dezember dieses Jahres unter teilweiser Erhöhung bis zu 1 Mark je Tonne gegenüber den vorjährigen Preisen festzusetzen. Im Verlauf der eingehenden Erörterung dieses Vorschlags durch die Organe der Kohlenwirtschaft wurden von den Braunkohlenindustriellen schließlich folgende Anträge gestellt: 1. Für Hausbrandkreisläufe die Preise für beide Sandlätze für August auf 14 Mark und für September auf 15 Mark festzusetzen. 2. Für Industriekreisläufe die Preise für Mitteldeutschland auf 14 Mark und für Ostpreußen auf 13 Mark zu erhöhen. Vom Großen Ausschuss des Reichskohlenrates wurde der erste Antrag mit Stimmenmehrheit, der zweite einstimmig angenommen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erhob gegen den Beschluß über die Festsetzung der Hausbrandkreisläufe Einspruch, als der Beschluß eine Erhöhung gegenüber den Preisen des letzten Jahres vorsieht.

Selbst die vorsichtige Fassung der amtlichen Veröffentlichung verrät, daß der Einspruch vom Reichswirtschaftsminister nur mit wenig Energie erhoben worden ist. Deshalb tut man gut, damit zu rechnen, daß der Reichswirtschaftsminister früher oder später umfallen wird, wie wir das vor Monaten in der Frage der Eisenpreiserhöhung erlebt haben. Ein solcher Umfall wäre aber nur zu beauern, da eine Erhöhung der Braunkohlenpreise die Feuerungsleistungen verstärken muß, die seit längerem in den fortwährenden Preissteigerungen der Schwerindustrie ihre Stütze finden.

## Gefrierfleischpolitik

Die von der Reichsblockregierung durchgeführte Regelung der zollfreien Gefrierfleischzufuhr enthält u. a. die Forderung, daß die ländlichen Bezirke von der Belieferung mit zollfreiem Gefrierfleisch ausgeschlossen sind. Der damalige deutsche Reichsagrarminister Schiele stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verbraucher in den ländlichen Bezirken von der heimischen Viehproduktion versorgt werden sollen. Ohne Zweifel bedeutet das eine Verteuerung des Fleisches. Es hat sich auch gezeigt, daß unter Einfluß der Neuordnung Fleischverbrauch und Schlachtungen in den ländlichen Bezirken bedeutend zurückgegangen sind.

Vor uns liegt eine Statistik über die Schlachtungen in der Oberlausitz. Es handelt sich um einen Bezirk, dessen Bevölkerung stark mit Arbeiten durchsetzt ist. Trotzdem gehört die Oberlausitz nach Ansicht Schieles zu den Bezirken, für die zollfreies Gefrierfleisch überflüssig ist. Die Zahl der Schlachtungen ist nun in der Oberlausitz im Jahre 1927, verglichen mit dem Vorjahre, um 3000 zurückgegangen. Von dem Rückgang wird besonders das plattische Land (die vorhandenen vier Amtshauptmannschaften) betroffen. Der Fleischverbrauch hat sich hier bedeutend verringert. Die Zustände scheinen sich auch zum Standal auszuweiten zu wollen. So entfielen im Jahre 1912 auf die Oberlausitz rund 213 500 Schlachtungen, im Jahre 1927 aber noch nicht ganz 185 800. Der aus dieser Verringerung ersichtliche Rückgang dürfte noch erheblich größer sein, weil das Schlachtvieh gegenwärtig noch immer nicht das Vorkriegsgewicht erreicht hat. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Oberlausitz vor dem Kriege eine Bevölkerung von rund 453 500 Köpfen hatte, während bei der letzten Volkszählung eine Zunahme um 17 500 festgestellt wurde.

Das Beispiel aus der Oberlausitz beweist, daß die gegenwärtige Regelung der Gefrierfleischzufuhr unhaltbar ist und zur Beeinträchtigung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft in den ländlichen Bezirken führen muß.

## Besus und Judas

Ein Roman aus dem Jahre 1888 von Felix Hollaender

16. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Sie sind der Herr Trud, nicht wahr, und Sie der Herr Silberstein. Ich kenne Sie beide sehr gut, der Willi hat so oft von Ihnen gesprochen, der arme Willi.“ und sie warf wieder einen leibvollen Blick auf den Fiebernden, während sie gleichzeitig ihr Kaputtblütchen abnahm, das Jüchsen auszog und es sich dann als barmherzige Schwester so bequem wie möglich machte.

Sie schien das so selbstverständlich zu finden, daß sie gar nicht wahrnahm, was für verdunkelte Gesichter die beiden schützten.

Nach einer Weile, während der sie mit ihren kleinen Händchen ihm Eisstücke in den Mund getan: „Wenn das mit dem Willi nur nicht böse wird — o Gott — o Gott — mein guter, guter Willi.“ und sie streichelte ihm die glühenden Backen.

„Wie ich mich getreut hatte die ganze Woche auf diesen Sonntag — nämlich, plapperte sie weiter, „wir wollten heute zusammen speisen. Und wie ist es denn bloß gekommen, so plötzlich, so schnell?“

Als Silberstein ihr mit wichtiger Miene erzählte, wie er ihn auf der Treppe gefunden, wurde sie kreidbleich, und von neuem flüchtigen Tränen aus ihren Augen.

Und als er fortfuhr und erzählte — er war in seinem Enthusiasmus wie umgewandelt — daß der Kranke in seinen Fieberträumen fortwährend ihren Namen genannt, wußte sie sich vor zührender, hingebender Zärtlichkeit kaum zu lassen. Und ein über das andere Mal: „Du lieber, lieber Junge, Du einziger Willi!“

Auf einmal — schreute sie empor.

„Was ist das, hören Sie?“

Ein wilder Lärm drang zu ihren Ohren.

„Unfere Wirtschaftsleute werden Zwist haben,“ meinte Silberstein.

Trud schritt zur Tür.

„Weihen Sie, bitte, bei dem Fräulein, ich seh', was es da gibt“ — und mit einem hastigen Satz eilte er in die Küche.

Herr des Himmels! Die Frau blutete aus der Stirn, und auch des Mannes Gesicht war zerkratzt und sein Haar wild zerzaust.

Und eben war die Frau im Begriff, einer bis zum äußersten gereizten Bestie gleich, aufs neue den Kampf zu beginnen.

Die Kinder aber standen am Küchenschrank gepreßt.

Die beiden kleinen Buben klammerten sich an das Kleid der Lene und wimmerten angstvoll, während diese mit grauenvollem Gesicht auf Vater und Mutter starrte. Auch die Küche verdroh sich mit furchtbar lauerndem Ausdruck.

„Du Schublat, Du — Du Lumpenkerl — Du Hundstube — der wer id Dir besorgen, Dir soll ja gleich der Deibel fristaffieren. Ja muß mir schurkieren un schukien wie son . . . und Du wirst det Feld verkaufen un mit lone Schlumpfiese rumspuffieren. Dir soll ja der Blick in't Hemde fahren, Du Schweinehund Du.“ und wie eine Katende stürzte sie sich von neuem auf den Mann.

Der sagte sie am Handgelenk.

„Man immer lachteln . . . rühr' mich nich an . . . id kenn' mir sonst nich . . . schenierste Dir denn jar nich vor de Kinder hier, ollet Brummeisen Du?“

„Wat, id mir schenieren?“

Sie riß sich zornrot mit einem Kud von ihm los und eben im Begriff, das erste, was ihr in die Hand kam, einen Holgen, der auf dem Herde lag, auf ihn zu schleudern, fiel ihr Blick auf Carl Trud, der wie gelähmt an der Schwelle der Küche stand.

Das Eisen fiel ihr aus der Hand.

Einen Augenblick schloß sie Atem, dann ging sie resolut auf ihn zu, faßte ihn bei der Hand und zu den Kindern: „Marsch raus!“

Die schliefen wie besessen davon.

„So, — lidenie sich den mal an, son Pausenunge! Sitze id da festern und laure uff ihn, ob er woll nich bald mit sein Wochenlohn nach Hause dakte kommen. Quatzspigen — wird Uhre sieben — wird Uhre achte — er kommt nich. Is jut, den' id und joh' in seine Destille. Un wie id darin komme, floht mir schon von weiten cener an. Un wie id ihn frage, wo mein Oller wäre, jrinst det Gesicht immer dölter. Det wär zu jellungen, meent' er, und ob id det denn wirklich noch nich wüßte, zu wem der von de Destille aus singe. Mir leht 'ne Lampe uff, un id hör' de ganze Geschichte, det der sich schon seit Monaten mit son Zumpel rumtreibt un seine Froschens verquaddert. Id denke, mir soll der Affe laufen. Det Nachts is er nich nach Hause gekommen, und heute früh hat er sich uffgepöckelt un nach Kaffee jebriüllt. Na, den Kaffee hab' id ihm jewartmt. Un wenn et vort Zericht kommt, denn inade ihm Jott.“

Bei den letzten Worten vermochte der Mann, den Truds Erscheinen anfangs außer Fassung gebracht, nicht mehr an sich zu halten.

„De richtigte Lärmstange,“ brummte er giftig, „di redt och det Blaue vom Himmel — nee son Zungenklag!“

Und als die Frau von neuem eine Flut von Schimpfworten über ihn ergoß: „Nu abber halt de Luft an un laß det man ja lieber allest jind. Wenn id reden wollte von wesen de Lene, Katiertlich — beijemesejn bin id nich, un beweißen läßt sich's och nich. Aber wat id weech, det weech id un det laß id mir nich austreden. Un de Dogen selbst De Dir aus'n Kopf schämen un an de eejene Nase Dir lassen. Un mit de Männer is det wat jans andres, kannte Herrn Trud fragen. Ja steh noch dazu uff'n Boden von de Partet un de freie Liebe. Un wat de Tobber von de Börse jind, die dreidens dölter. So, da haste Dein Reht, un un jondre los.“

Er schwieg.

Und nun ward es still — ganz still. Trud sah bald zu dem Mann, bald zu der Frau hin, die auf diesen entsetzlichen Vorwurf nur ein: „Alle Wiffenstake!“ hervorgerast hatte.

Da verließ er wortlos die beiden; erschüttert eilte er ohne Kopfbedeckung die Treppe hinab in den engen Hof, um Luft, kalte, reine Luft zu atmen.

Gott, o Gott — in was für einen Abgrund hatte er geblüht — Ehebruch hier und Ehebruch dort — und diese Schamlosigkeit — diese unverhüllte Gemeinheit.

Und auf diesem Sumpfboden wuchsen zarte Pflanzen, wuchs ein junges Geschlecht, das mit der Müttermilch Seuche, Peiß und Sünde einzog.

Und auf diesem Grunde war die Lene erblüht zwischen Schlamm, Sumpf, Dreck — am Ende auch hoch und faul mitten im Kerne — eine Schmarogerpflanze, prächtig und blühend nach außen — und im Innern —

Nein und tausendmal nein — nichts als häßliche Teufelsgedanken, die durch das Hirn juckten, ihm die Seele gemarterten. Kein, schneerein war die Lene. Und wie die Sonne strahlend durfte sie ihr Auge erheben und keiner, keiner konnte ihr das Geringste nachsagen.

Daß dieser wüßte Mann da unten nicht ihr Vater sei, tat ihm gewissermaßen wohl.

In der Frau steckte immerhin etwas Gesundes, zum mindesten der Mut und die Kraft zur Arbeit. Und wer wußte, wie sie ehe-dem gewesen; — und selbst ihr Ehebruch, gab es nicht Entschuldigungen genug für ihn?

Das wundervolle Wort des großen, unglücklichen Mannes, der in der Irrenzelle zu Jena dahinsiecht, kam ihm plötzlich in den Sinn: „Und besser noch Ehebrechen, als Ehebiegen, Eheklagen! — So sprach zu mir ein Weib! Wohl brach ich die Ehe, aber zuerst brach die Ehe — mich!“

War dieser Fall ausgeschlossen?

Ganz und gar nicht! Vielmehr so und nur so ließ sich das ganze Problem mit der Lene lösen, müßelos.

Er atmete erleichtert auf, als er soweit mit seinen Gedanken gekommen war.

Er schloß für einige Momente die Augen und blieb stehen, gerade als er die letzten Stufen noch zu gehen hatte, die nach dem Hofe führten.

Farbenfatte Bilder umgankelten seine Sinne. Er sah ir ferne, ferne Jahre, wo er sich zwischen Mühe und Qual gemunden und dennoch durchgerungen, ein Mann, ein ganzer Mann geworden; und es war vorbei das unfähige Elend, es gab keine Sklaven und Sklavinnen mehr, nur Männer, freie, und freie Frauen. Und war jegliches Leid auch nicht geschwunden, gemildert war es unendlich, die Menschen blickten nicht mehr so umdüstert, sorgenbeschwert in den kommenden Tag.

(Fortsetzung folgt)



# 31257. Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie



Zum bevorstehenden Beginn der Ziehung 5. Klasse (Haupt- und Schlussziehung) der laufenden Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie sei daran erinnert, daß nach den amtlichen Bestimmungen nur rechtzeitig vor der Ziehung bezahlte Lose den Anspruch auf Gewinn sichern. Letzter planmäßiger Erneuerungstag zur 5. Klasse morgen Mittwoch, den 1. August 1928

## Zur Verlofung gelangen in dieser Schlussziehung insgesamt wieder über 48 Millionen Reichsmark

darunter die große Prämie von 2mal 500000 RM. und die weiteren Hauptgewinne von

2mal . 500000 RM.	2mal . 200000 RM.	4mal . . 75000 RM.
2mal . 300000 RM.	2mal . 100000 RM.	6mal . . 50000 RM.

sowie zahlreiche Gewinne von  
RM. 25000, 10000, 5000, 3000, 2000, 1000 usw.

## Die Auszahlung der Gewinne

beginnt für die Einfazgewinne unmittelbar nach Schluß der Hauptziehung, also ab 12. September wogegen die größeren Gewinne, den amtlichen Bestimmungen entsprechend, erst nach Ablauf von 2 Wochen nach Beendigung der Ziehung, also ab Mittwoch, d. 26. Sept., zur Auszahlung gelangen.

Für die Dauer der vom 8. August bis 11. September, also über 4 Wochen, währenden Hauptziehung sind neben den täglich erscheinenden nicht amtlichen Ziehungslisten, die in gewohnter Weise täglich bei mir eingehenden telegraphischen Meldungen über gezogene größere Gewinne unentgeltlich in meinem Geschäftstokal einzusehen.



## Das Raketenauto

300 bis 400 Kilometer in der Stunde - Flüge in den obersten Luftschichten - Mit 19 Abbildungen - Preis 80 Pfennig  
Buchhandlung Lübecker Volksbote  
Johannisstraße 46

## Junker & Ruh Gaskocher

die führende Marke  
Zahlungserleichterung auf Wunsch!  
**Heinr. Pagels**  
Lübeck  
Das Haus für Gas, Wasser, Licht

## Berlin- u. Vergnügungs-Anzeigen

## KASINO

Morgen nachmittag 4.30 Uhr:  
**Kabarett-Vorstellung**  
mit dem neuen Künstler-Programm  
Kein Gedeckzwang!  
Eintritt und Garderobe frei!  
Morgen abend 9 Uhr:  
der so beliebte  
**heitere Familienabend**  
mit der  
**Premiere**  
des neuen Programms  
Schlager auf Schlager!

## Öffentliche Versteigerung

am Mittwoch, dem 1. August, vorm. 9 Uhr in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses über:

1 Klavier, Radioapparate m. Zubehör, 1 Gramophon, Bürett, Krebeng, Vertigo, Teppich Spiegel, Flurgarderobe, Instrumenten- und Bücherstänke, Schreib- u. and. Tische, Klub-, Korb- u. andere Sessel, Stühle, Sofa, Schreibmaschinen, Fahrrad, Autoagen, 4 Buchenbohlen, 1 gr. Partie Korlette u. Damenwälsche, Schürzen, Handtücher, Herren-Winter- u. Vodenmäntel, Anzüge, 1 Partie Gold- u. Silberachen u. a. m.  
Ferner 12 Uhr mittags, Travemünder Landstraße: 1 fast neue Singer-Nähmaschine  
Käufer wollen sich 11,35 Uhr bei der Polizeistation Räumig einfinden.  
Außerdem um 1 Uhr mittags, Herrenhof: 1 Kl. Tisch, 3 Bilder, 1 Küchenbürett u. 1 Teppich  
Käufer wollen sich 12,45 Uhr Endstation Dinte 7 einfinden

Die Gerichtsvollzieher

## Jugendherbergen

in Deutschland, Oesterreich, Tschechoslowakei, Schweden, Holland, Schweiz u. baltischen Randstaaten

### Verzeichnis 1928/29

Fahrtpreis-Ermäßigungen und vieles andere  
Mit vielen Karten / 300 Seiten nur 1.- RM.

Buchhandlung

**Lübecker Volksbote**  
Johannisstraße 46

## Bestecke, Trauringe usw

empfeht  
Winn  
Westfaling  
Uhr- u. Gold-  
waren  
Reparatur-Werkstatt  
Ob. Aegidienstr. 8 a

## Sonntage eines Arbeiters in der Natur

mit einem Vorwort von Bölsche  
Steinlein arbund Preis nur 1.25

Buchholz Lübecker Volksbote  
Johannisstraße 46

## Bekanntmachung

Einem geehrten Publikum zur Kenntnis, daß ich nach dem Ableben meines Vaters, des Auktionators H. S. Koch, das von uns gemeinsam geleitete Auktionsgeschäft in alter Weise fortführe. Für Auktionen aller Art und Abschätzungen für Feuer-, Wasser- und Einbruchschäden halte ich mich bestens empfohlen.

Das meinem Vater und mir bisher entgegengebrachte Vertrauen bitte ich mir auch weiterhin schenken zu wollen

## Hans Koch

beetdiger Versteigerer und Sachverständiger für bewegl. Gegenstände und Waren

Auktionshändler Marlesgrube 9/11 u. Fildstraße 36

Kontor: Marlesgrube 9/11 Telephon 22850

## Zigaretten Zigarren

C. Wittfoot  
Kuxstr. 18

## Freilichtbühne

Mittwoch, 8-9 1/2 Uhr  
Allgemein. Volkstanzabend  
Unentgeltlich Wer will,  
gibt freiwillig  
Freitag, 4 1/2-6 1/2 Uhr  
Anderen nachmittags  
Unentgeltlich  
Sonabend, 8 Uhr  
Wochenendfeierstunde  
Unentgeltlich Wer will,  
gibt freiwillig 1250

## Union-Lichtspiele

Lübecks Schmuckkästchen  
Engelsgr. 68 / F. 26162

Anfang 5 und 8 Uhr! Eintrittspreise 60 u. 80 Pfg.

1928

Erstaufführung

Der größte

Sittensfilm

**chicago**

eine Sensation der Saison!

1928

LUISEN LUST

Mittwoch Gr. Sastränachen

Eintritt u. Tanz frei

## Werbe-Abend

der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft und Studentenhilfe

Sonabend, 4. August, 8 Uhr abends, in

## Bad Schwartau „Waldhalle“

„XYZ“ Akademische Bühne  
Kiel

Nach der Aufführung Tanz und geselliges Beisammensein  
Eintritt: Mitgl. 1.-, Nichtmitgl. 1.50 — — Tanz 50 Pf.





## Deutschnationale Kinderverse

Vikum, Iarum, Vöfseftiel,  
Keiner weiß mehr, was er will.  
Monarchie und Republik . . .  
Hugenberg hat Lambach dik.  
Wefartp ist der Mittelmann,  
Du bist dran.

Kaiser, Könige, Fürstentnecht . . .  
Bang gibt Hugenbergen recht,  
Blühlich raschelt es im Schilde,  
Lambach, Du kriegst (Handlungs)-Hilfe,  
Eveling macht sich nichts draus,  
Du sollst raus.

Militär und Industrie . . .  
Monarchie bleibt Monarchie!  
Brofherer bleibt beim guten Alfen,  
Koolnich hat das Maul zu halten  
Ober fliegt aus der Partel.  
Du bist frei.

Hans Bauer.

## Der Arbeitsmarkt in der Nordmark

Die Arbeitsmarktlage zeigte in der Berichtswache vom 19. bis 26. Juli eine weitere, wenn auch gegenüber der Vorwoche geringe Besserung. Die Zahl der Arbeitsuchenden nahm von 77 095 auf 76 812, d. h. um 0,4 Prozent ab. Arbeitslosenunterstützung erhielten zum Schluss der Berichtswache 46 178, Krisenunterstützung 6016 Personen. Das bedeutet in der Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger eine Zunahme von 1,4 Prozent, in der Zahl der Krisenunterstützten eine Abnahme von 5,9 Prozent. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen betrug 18 221 gegenüber 18 820 in der Vorwoche.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes zeigte sich nicht in dem Tempo der letzten Wochen fort. Das hat seinen Grund vor allem in einer gegenüber den Vorwochen geringeren Abnahme in der Zahl der Arbeitslosen in der Berufsgruppe der ungelerten Arbeiter und in einer stoßweisen Verschlechterung in der Textilindustrie. Dazu kommt, daß die in den letzten beiden Wochen zu verzeichnende Entlastung des Arbeitsmarktes für Angestellte erneut einer Verschlechterung gewichen ist. Fast alle anderen Berufsgruppen und Wirtschaftszweige, so besonders das Baugewerbe und die Metallindustrie, folgten der Tendenz nach der Entwidlung der letzten Wochen d. h. zeigten eine weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gebieten des Landarbeitsmarktes ist je nach der wirtschaftlichen Struktur sowohl nach dem augenblicklichen Stand wie auch in der Entwicklung der letzten Monate stark voneinander verschieden. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist z. B. in Hamburg — auf 1000 Einwohner berechnet — von 27,2 Ende Februar des Jahres auf 23,7 jetzt zurückgegangen, in Schleswig-Holstein aber zu denselben Zeitpunkten von 24,2 auf 11,0, in Mecklenburg-Lübeck gar von 21,4 auf 6,8.

## Das Schicksal des Vorbestraften

Die größte Grausamkeit der Justiz von heute besteht in dem, was sie nicht weiß und nicht tut. Der Richter gibt den Verurteilten ins Gefängnis oder ins Zuchthaus und weiß doch nicht, wohin er ihn gibt. Was weiß er vom Strafvolkzug! Nach verbüßter Strafe fliegt der Delinquent aufs Pflaster — dann aber beginnt erst die eigentliche Strafe. Von allen Seiten über die Nase oder mit offener Verachtung angesehen, gleicht er einem gekehrten Wild. Es bedarf überhaupt menschlicher Anstrengungen, sich wieder emporzuarbeiten. Und was dann, wenn es nicht gelingt? Das letzte Ende ist, daß das Zuchthaus als willkommener Zufluchtsort erscheint. Vor dem Schöffengericht Steinhilber wurde gegen einen 50jährigen Malergehilfen verhandelt, der sich selbst beschuldigte, zwei Diebstähle begangen zu haben. Fünfzehn Jahre hatte er im Gefängnis und Zuchthaus verbracht, acht Jahre in Heilanstalten — 23 Jahre von 50! Das Ende dieses Lebens ist die Sehnsucht nach dem Zuchthaus. Über seine Selbstbeschuldigungen waren falsch, er wurde freigesprochen. Er muß in die Freiheit. Mit fünfzig Jahren als ein gebrochener Mensch. Was wird er nun tun? Wird er wirklich stehen, um im Zuchthaus versorgt zu werden? Ein kleiner Fall von vielen. Aber er zeigt den ganzen Unfug und die Unzulänglichkeit unserer Strafjustiz.

## Krankenkassenmitglieder auf Ferienreisen!

Muß die Krankenkasse ihren Mitgliedern Krankenhilfe auch dann gewähren, wenn diese auf einer Ferienreise krank werden oder gar einen Unfall bei der Ausübung des Bergsports erleiden? Diese Frage mag manchen zu kurzer Ferienraus aufbrechenden Versicherungsbefähigten. Nach dem § 220 der Reichsversicherungsordnung ist die Krankenkasse verpflichtet, einem Versicherten während eines vorübergehenden Aufenthaltes außerhalb des Kassengebietes Krankenhilfe zu gewähren, wenn er seines Zustandes halber nicht in den Kassengebiet zurückkehren kann. Diese Krankenhilfe wird zweckdienlich durch die Orts- oder Landkrankenkasse gewährt, in deren Bereich sich beim Eintreten dieses Falles der Erkrankte aufhält. Das Reichsversicherungsamt hat sich auf diesen Boden gestellt. Wie steht es nun, wenn sich in den Bergen, fern von menschlichen Wohnungen, ein Unfall des Kassemitgliedes ereignet. Muß die Krankenkasse die Transportkosten des Verletzten übernehmen, und wenn ja, bis zu welchem Orte? Das Versicherungsamt Stuttgart hat in einem solchen Falle entschieden, daß ein Verletzter nur bis zum nächstgelegenen Orte gebracht zu werden braucht, an dem die nötige ärztliche Hilfe, beziehungsweise Einlieferung in ein Krankenhaus vollzogen werden kann. — Der Verletzte war nach J. gebracht worden, als er in den Bergen einen Unfall erlitt, um dort die erste Hilfe ordnungsmäßig zu erhalten. Er hatte sich dann aber nach seiner weit entfernt liegenden Heimat Stuttgart bringen lassen, wodurch bei der nötig werdenden Begleitung sehr hohe Kosten entstanden waren. Der Verletzte forderte diese nun von der Ortskrankenkasse zurück, dieselbe weigerte sich aber, die Transportkosten zu übernehmen, bewilligte jedoch die Kosten für den

## Die Hinrichtung

Im Auftrage der „Liga für Menschenrechte“ haben Rudolf Olden und Joseph Bornstein, als beste Kenner des Falles Jakubowski, eine Schrift „Der Justizmord an Jakubowski“ (Tagebuch-Verlag) zusammengestellt, die wir allen Freunden und Feinden der Todesstrafe empfehlen. Der folgende, im „Tagebuch“ veröffentlichte Abschnitt schildert die Hinrichtung Jakubowski's.

Ende Januar 1926 wurde zwischen dem Herrn Ersten Staatsanwalt Müller in Neustrelitz und dem langjährigen Scharfrichter des Freistaates Preußen, Herrn Wäschereibesitzer X in Magdeburg, eine Vereinbarung folgenden Inhalts getroffen: Herr X vollzieht am 15. Februar 1926, 1/8 Uhr morgens, die Hinrichtung des Landarbeiters Joseph Jakubowski. Er erhält hierfür 500 Mark. Falls infolge unvorhergesehener Zwischenfälle die Hinrichtung hinausgeschoben wird, hat Herr X einen Anspruch auf 50 Mark für jeden Tag, den er nutzlos in Strelitz zubringen muß. Für den Fall, daß die Hinrichtung ganz unterbleibt, erhält er eine Entschädigung in Höhe von 200 Mark.

Kein Zwischenfall fiel dem Scharfrichter in den Arm. Am festgesetzten Tage und festgesetzter Stunde, mit kaum 30 Minuten Verspätung, wurde Jakubowski enthauptet. Ein Augenzeuge hat uns den Abschluß der Tragödie geschildert, so wie er ihn erlebte. Hier folgt seine Darstellung:

„Als ich den Abend zuvor, es war am Sonntag, nach Hause kam, fand ich die Ladung vor, am nächsten Morgen bei der Hinrichtung des Landarbeiters Joseph Jakubowski in der Strafanstalt Strelitz-MI als Zeuge zugegen zu sein. Ich hatte vorher nie von Jakubowski gehört. In der Ladung stand, ich dürfe mit niemandem über die bevorstehende Hinrichtung sprechen. Man fürchtete wohl einen Befreiungsversuch.“

Es begann gerade zu dämmern, als ich vor dem Gefängnis eintraf. Ein Wächter führte mich in den hinteren Hof, einen schmalen, langgestreckten Zuchthaushof, der mit hohen kasten Mauern umgeben ist.

Ein kleiner Tisch war etwas seitlich aufgestellt worden. Hinter dem Tisch standen Landgerichtspräsident v. Buchlaund die beiden andern Richter, daneben Staatsanwalt Müller. Wir Zeugen, zwischen uns ein paar Kriminalbeamte, standen etwas abseits davon, im hinteren Teil des Hofes. Auf der andern Seite sah ich vier Männer stehen: an dem Grad und der weißen Weste des einen erkannte ich, daß es der Scharfrichter und seine Gehilfen waren.

Wir standen fixierend und flüsternd. Einer der Kriminalbeamten teilte mir den Grund der Hinrichtung mit: „Kindesmord . . . unter erschwerenden Umständen . . . deshalb ist die Begnadigung abgelehnt worden.“

Es war ein bedrückendes Bild: der halbdunkle Hof im Morgenrauschen eines kalten Februartages, die feierlichen Laute der Richter, die Zylinderhüte der Zeugen, die drei Gehilfen des Scharfrichters im Gehrock und den steifen, schwarzen Hut auf dem Kopf, zwischen ihnen durchschimmernd die weiße Weste des Scharfrichters selber, — und die Wampe, die neben ihm stand, in der man das grausame Beil vermutete, das bald sein Wert tun sollte, und dann der Richtblock mit dem sorgförmigen Korb davor, der das gefällte Haupt aufnehmen sollte . . . ich mußte mit mir kämpfen, um nicht jetzt noch fortzulaufen . . .

Etwas eine Viertelstunde standen wir so. Es wurde allmählich heller, aber dadurch beinahe noch schärfer als vorher.

Plötzlich unterbrach eine scharffe Stimme die Stille. Es ist der Staatsanwalt Müller, der sich an den Gefängnisdirektor

gewandt hat. Ich glaube, daß ich dieses Gespräch wörtlich in der Erinnerung habe. Es war etwa so:

Staatsanwalt Müller: „Wo bleibt denn der Delinquent?“

Gefängnisdirektor: „Der Geistliche ist bei ihm. Er empfängt gerade die letzte kirchliche Tröstung.“

Staatsanwalt Müller: „Darauf können wir nicht warten.“

Der Gefängnisdirektor verließ den Hof durch die Türe, die in das innere Gefängnis führt, und bald darauf kam Jakubowski. Vor und hinter ihm Gefängniswärter. Ihm zur Seite ging der Geistliche, ein Gebetbuch in der Hand.

Eine Sekunde lang war Jakubowski in der Türe stehen geblieben. Dann sah er den Geistlichen an und ließ sich in ruhigem Schritt bis vor den Richtertisch führen. Sein Gesicht, wie er dasand, konnte ich nicht mehr sehen. Ich bemerkte nur, daß sein Hals frei war und daß er Anziehsachen und Gamaschen trug.

Inzwischen verließ der Staatsanwalt bereits des Urteil. Dann die Bestätigung des Staatsministeriums, und dann kommen mit harter, unbewegter Stimme die letzten Worte: „Hiermit übergebe ich Sie dem Nachrichter.“

Die Wärter treten näher an Jakubowski heran, er hebt etwas den Kopf, als ob er noch sprechen wollte, dann wendet er sich um, — ich bemerkte nicht, ob ihn jemand führte oder ob er von selber ging, es waren vom Richtertisch zum Richtblock nur sechs oder sieben Schritte und alles dauerte nur Sekunden. Dann stand er, umringt von den drei Gehilfen des Scharfrichters, dicht am Richtblock, mit dem Gesicht zu uns Zeugen gekehrt, aber er schien uns nicht zu sehen, er sah über uns hinweg, ins Weite hinein, vielleicht in den Himmel hinauf, mit einem so tiefen, traurigen Blick, — ich kann diesen Blick nicht beschreiben, ich weiß nicht, wie ich das ausdrücken soll. Aber ich habe diesen Blick niemals vergessen können, es war etwas unsagbar Schreckliches, ich werde bis zu meinem letzten Tage immer wieder an diesen Blick denken müssen.

Ich glaube, daß Jakubowski, wie er so vor dem Richtblock stand, ganz zuletzt den Mund geöffnet hat. Aber ob er etwas gesagt hat, weiß ich nicht, ich habe nichts hören können. Es ging so furchtbar schnell, schon lag sein Kopf auf dem Richtblock. Ich habe mich in diesem Augenblick schnell umgewandt, ich konnte nicht mehr. Aber fast im gleichen Moment hörte ich ein Knirschen und wußte, daß alles vorbei war. Als ich mich umkehrte, sah ich, wie die Gehilfen des Scharfrichters sich an dem Korb zu schaffen machten, und dann sah ich, eine schreckliche Sekunde lang, den blutenden Rumpf, der keinen Kopf mehr hatte.

Ich ging schnell fort. Vor dem Tore der Strafanstalt stand der Wagen, auf dem der Leichnam zur Anatomie nach Rostock gebracht werden sollte.

Zu Hause war das erste Wort, das ich meiner Frau sagte, daß ich das Gefühl habe, als ob der Fingerhüte unschuldig gewesen sei. Ich hatte dieses Gefühl bei dem letzten Blick Jakubowski's. Es war nicht der Blick eines Schuldigen. Aber ich habe erst viel später erfahren, daß an der Schuld Jakubowski's wirkliche Zweifel bestanden.

Später hörte ich übrigens von einem Gerichtsbeamten, daß Staatsanwalt Müller dem Scharfrichter ein Anerkennungs schreiben wegen des glatten Vollzugs der Hinrichtung geschickt haben soll.“

Krankenhausaufenthalt in Stuttgart. — Das Versicherungsamt das sich mit dem Fall zu beschäftigen hatte, entschied nun, daß der Verletzte nur die Transportkosten bis zu dem Orte J. zu verlangen habe, da dort die notwendige Krankenhilfe, einschließlich Krankenhausbearbeitung, geleistet werden konnte. Es wäre jedoch unbillig, auch den Weitertransport nach Stuttgart der Kasse aufzulegen. Es könne aus sozialen Gesichtspunkten nicht ein Kassemitglied, das zum Vergnügen weite Reisen mache, auf diese Weise die ohnehin entstehenden Rückfahrkosten der Kasse aufzulegen, um so mehr der Krankenhausaufenthalt nur von kurzer Dauer gewesen wäre.

Krankenkassenmitglieder auf Reisen haben also unterwegs Anspruch auf Heilbehandlung, wenn sie nicht in die Heimat zurückkehren können. Müssen sie wegen eines Unfalls transportiert werden, dann wird ihnen der Transport nur bis zu dem Orte gewährt, der der Unfallstelle am nächsten liegt und an dem die nötige Hilfe einschließlich Krankenhaushilfe gewährt werden kann.

## Nötigung im Kampfe gegen die Konsumvereine

In der „Bäder- und Konditor-Tageszeitung“ (Nr. 144) schreibt jemand über die Notwendigkeit, Handwerksmeister, die einem Konsumverein angehören, zum Austritt aus diesem zu veranlassen. Das soll so gemacht werden: Der einzelne Spitzenverband hätte sich zunächst an alle den Orten, wo Konsumvereine bestehen, mit den örtlichen Handwerksvereinigungen in Verbindung zu setzen. Hier ist es notwendig, daß man genaue Kenntnis erhält, welche Handwerkskollegen Mitglied des Konsumvereins sind. Dies geschieht dadurch, daß man sich vom Amtsgericht Abschrift aus dem Genossenschaftsregister geben läßt, worin die einzelnen Mitglieder dann vermerkt sind. Nun gilt es, die betreffenden Handwerkskollegen über die Tendenz des Konsumvereins aufzuklären und ihnen den Austritt auf den nächst zulässigen Termin beim Konsumverein nahezu legen. Diese Aufklärungsarbeit muß überall im Interesse des Anschlusses des deutschen Handwerks und zur Stärkung der Solidarität im Handwerk durchgeführt werden. — Wie nennt man die Durchführung solcher edlen Absichten?

Eine Kontrolle der arbeitslosen Bezüher des Lübecker Volksboten findet am Donnerstag, dem 2. und Freitag, dem 3. August, von 9 bis 11 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Endgültige Stilllegung der Lübecker Deilmühle? Wie wir erfahren, hat die Lübecker Deilmühle in Sie ms bei der Arbeitsbehörde den Antrag auf Stilllegung gestellt. Bereits seit dem

7. Juli hatte die Belegschaft feiern müssen, weil angeblich kein Material zur Verarbeitung heranzubringen war. Heute früh ist der Betrieb wieder in Gang gekommen; aber es dürfte, wie uns von der Direktion mitgeteilt wird, nur eine kurze Arbeitsperiode von 5-6 Wochen sein. Dann will man den Betrieb endgültig aufgeben. Ueber die Gründe der Schließung, die weiteren Absichten und das Schicksal der hiesigen Anlage war irgendeine Auskunft nicht zu erhalten. Da eine Arbeiterschaft von circa 160 Köpfen von dieser Maßnahme betroffen wird, ist zu hoffen, daß sich doch ein Ausweg findet.

Die Delegiertenwahlen zum Kongress des ADGB in Hamburg ergaben für Lübeck folgendes Resultat: Liste A: H. Kempkens-Hamburg 310 Stimmen, W. Leopold-Riel 253 Stimmen, A. Löwigt-Lübeck 860 Stimmen, G. Fiegler-Bremen 134 Stimmen. Liste B: E. K. Lan-Lübeck 182 Stimmen, D. Pfeifer-Riel 81 Stimmen, J. Potzplus-Bremerhaven 41 Stimmen, H. Sellmann-Binneberg 35 Stimmen. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlichkeit der Eltern für jugendliche Schwarzahörer. Im ersten Quartal dieses Jahres sind wieder 551 Personen wegen nicht genehmigter Errichtung oder nicht genehmigten Betriebes von Funktanlagen rechtskräftig verurteilt worden, darunter 5 Jugendliche und 14 Personen wegen Beihilfe oder Mittäterlichkeit. Das Oberlandesgericht Königsberg hat in einem zur Aburteilung gekommenen Falle, bei dem ein vierzehnjähriger Knabe einen Detektorempfänger gebastelt, an eine Luftleitvorrichtung angeschlossen und in Betrieb gesetzt hatte, die Verantwortlichkeit des Vaters für Schwarzahören minderjähriger Kinder festgestellt. Die Urteilsbegründung führt aus, daß der Vater als solcher und als Inhaber der Wohnung seinen Sohn hätte hindern müssen, eine nicht genehmigte Funktanlage zu errichten und zu betreiben.

Wer gibt Quartier? In der Zeit vom 11. August bis 14. August weilen österreichische Arbeiter-Sportler, die 1. Fußballmannschaft der Wiener Berufsfeuerwehr hier in Lübeck. Landsleute, Partei- und Gewerkschaftsgenossen, die gewillt sind, die Wiener während dieser Zeit in Quartier zu nehmen, werden gebeten ihre Adressen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder dem Vorstehenden der Fußballsparte, Wilhelm Kapinos, Segebergstraße 24, III., aufzugeben.

Sind Uhren pfändbar? Die Ansichten der Gerichte über die Pfändbarkeit von Gegenständen gehen weit auseinander. Maßgebend kommt § 811 der Zivilprozessordnung in Betracht, wonach unentbehrliche Gegenstände der Pfändung nicht unterliegen. Uhren werden im allgemeinen als unentbehrliche Gegenstände angesehen. Streit war in einem bestimmten Falle darüber entstanden, ob auch Standuhren pfändbar sind. Das Landgericht Magdeburg hat den Standpunkt vertreten, daß Standuhren nicht zu den unentbehrlichen Gegenständen, sondern zu den pfändbaren



# Neues aus aller Welt

## Hochbahnkatastrophe in Newyork

Drei Tote, sechshundertvierzig Schwerverletzte

Newyork, 30. Juli

Ein furchtbares Unglück, durch das 46 Personen zum größten Teil schwer verletzt wurden, hat sich auf der Newyorker Hochbahn zugetragen. Infolge Kurzschluss war ein Zug, in Dunkel gehüllt, stehen geblieben, auf den dann ein zweiter Zug aufstieß.

Drei Wagen wurden vollkommen zertrümmert. Unter den Anwesenden der dicht mit Ausflüglern besetzten Züge entstand eine große Panik.

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss gedrahtet wird, wurden bei dem Zusammenstoß zweier Hochbahnzüge 50 Personen verletzt, darunter drei tödlich.

## Neun Tote im Cognefford

Ein Motorboot gekentert

Ein furchtbares Unglück ereignete sich im innersten Teil des Sagneffords in Norwegen. Ein stark beladetes Motorboot wurde von den Wellen, die ein vorbeifahrendes Dampfschiff verursachte, zum Kentern gebracht und sank. Neun Personen ertranken. Nur ein Mann konnte sich durch Schwimmen retten. Die Verunglückten befanden sich auf dem Heimwege von einem Begräbnis. Auf dem Dampfer hatte man das Unglück nicht bemerkt.

## 67 Jahre Gefängnis

Der Strafantrag im Einsponnprozess

Im Berliner Einsponnprozess beantragte der Staatsanwalt am Montag gegen Ballon vier Jahre Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust und 100 000 Mark Geldstrafe; gegen Barany drei Jahre Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust und 100 000 Mark Geldstrafe; bei beiden sollen 1½ Jahre Untersuchungshaft angerechnet werden. Die Strafanträge lauten weiter: gegen Werk auf acht Monate Gefängnis, gegen Lehnert drei Jahre Gefängnis, fünf Jahre Ehrverlust, 100 000 Mark Geldstrafe, gegen Werking zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen Halle ein Jahr sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen Dr. Klumpus ein Jahr drei Monate Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe und drei Jahre Ehrverlust. Insgesamt beläuft sich der Strafantrag gegen die 88 Angeklagten auf 67 Jahre Gefängnis und eine halbe Million Mark an Geldstrafen.

## Schwere Explosion in Lodz

Sonnabend nacht kam es zu einer schweren Explosion eines Benzin- und Chemikalienlagers, die in der Stadt hörbar war und in den näher gelegenen Stadtvierteln eine Panik hervorrief, weil sich das Gerücht verbreitete, daß ein Munitionslager in die Luft geflogen sei. Kurz nach der Explosion stand ein Komplex von vier Häusern in Flammen, die sich unter weiteren Explosionen rasch ausbreiteten. Die Hausbewohner konnten nur mit Mühe flüchten und das wenigste retten. Die Lösungsarbeiten gestalteten sich außerordentlich schwierig, weil die Feuerwehr nicht an den eigentlichen Brandherd gelangen konnte und sehr bald Wassermangel eintrat. Erst in den Morgenstunden wurde die Feuerwehr des Brandes Herr. Bei den Lösungsarbeiten wurden 27 Personen teils durch Balkeneinstürze, teils durch Verbrennungen schwer verletzt. Durch den Luftdruck bei den Explosionen wurden sämtliche Fensterscheiben in der Umgebung eingedrückt.

## Behouneel in Berlin

Er nimmt Nobilität in Schutz

Der tschechoslowakische Gelehrte, Professor Behouneel, der als wissenschaftlicher Gast an der Polarfahrt der „Italia“ teilnahm, traf am Montag um 10,32 Uhr auf dem Steinkopf Bahnhof in Berlin ein. Er wurde von dem tschechoslowakischen Geschäftsträger, Mitgliedern der Gesandtschaft und des Generalkonsulates sowie von seiner Braut und deren Mutter begrüßt.

Behouneel betonte Pressevertretern gegenüber, daß er sich in Warnemünde von Nobilität und den übrigen italienischen Teilnehmern an der Nordpolexpedition auf das herzlichste und in vollkommener Harmonie getrennt habe; irgendwelche Verpflichtungen hinsichtlich seiner Ausreisefreiheit hätte er nicht einzugehen brauchen. Er habe bis jetzt den Eindruck gewonnen, daß in den Nachrichten über den „Italia“-Zug die Ereignisse vielfach falsch beurteilt worden seien und Nobilität Unrecht geschähen sei. Nobilität sei ein vollkommen aeronautischer Fachmann. Die Ungenauigkeiten und Entstellungen der Berichte seien dadurch entstanden, daß die Vertretung unter den Expeditionsteilnehmern vielfach außerordentlich schwierig waren. Das Verhältnis zwischen Nobilität und Malmgreen sei das denkbar beste gewesen; Malmgreen sei gerade der Liebling Nobilitäts gewesen. Es sei auch nicht richtig, daß Malmgreen vom roten Zelt aus abkommandiert worden wäre; Malmgreen habe sich selbst entschlossen, den Weg über das Eis nach dem Festlande zu wagen. Nobilität sei bis zuletzt gegen eine Trennung von Malmgreen gewesen. Bereits 48 Stunden vor der Ankunft Lundborgs sei vereinbart worden, zuerst Cecioni und erst als vierten Nobilität retten zu lassen. Diese Reihenfolge sei aber abgeändert worden, da Lundborg den strikten Befehl hatte, Nobilität als ersten zu retten, damit das Rettungswerk nach seinen Angaben durchgeführt werden könnte. Nobilität sei schließlich als erster mitgenommen worden, weil er damals das leichteste Gewicht hatte.

## Furchtbarer Doppelmord im Danziger Staatsgebiet

Im Dorfe Klein-Finder im Landkreis Danziger Niederung wurde in der letzten Nacht ein Doppelmord verübt. Dem Hofbesitzer Hermann Strunt und seiner Frau wurden mit einem Rasiermesser die Kehlen durchschnitten. Als Täter kommt vermutlich ein polnischer Saiten-Arbeiter in Frage, der vor einiger Zeit bei Strunt beschäftigt war, wegen mehrerer Diebstähle aber zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde und sich offenbar rächen wollte. Der Täter konnte bisher nicht ergriffen werden.

## Der rätselhafte Schütze von Gommern

Übermals Schüsse aus dem Hinterhalt

Der geheimnisvolle Schütze im Gommern scheint wieder sein Unwesen zu treiben. Bereits seit mehreren Jahren fallen plötzlich in der Nähe des Landstädtchens Gommern bei Magdeburg Schüsse aus dem Hinterhalt. Eine ganze Reihe von Personen ist mit der Zeit von diesem geheimnisvollen Schützen mehr oder weniger schwer verwundet worden und vor drei Jahren fielen diesem Treiben des unheimlichen Schützen auch zwei Menschenleben zum Opfer. Trotz der eifrigsten Bemühungen der Behörden ist es bisher immer noch nicht möglich gewesen, Aufklärung zu schaffen. Die letzten Schüsse fielen im Sommer vorigen Jahres. Fast ein ganzes Jahr lang ist also Ruhe gewesen. Nunmehr ist wieder ein Schuß aus dem Hinterhalt abgefeuert worden. Der Polizeihauptwachmeister Waghahn aus Gommern befand sich auf einer Nachtstreife nach Wildbischen in der Umgegend Gommerns. Auf der Wähler Chaussee wurde er aus dem Hinterhalt aus einem Gestrüpp heraus beschossen. Die Kugel ging dicht an seinem rechten Ohr vorbei. Der Polizeihauptwachmeister suchte sofort das Gelände nach dem geheimnisvollen Schützen ab, konnte aber — ebenso wie früher — nicht das geringste von dem Täter entdecken, der auch wiederum keinerlei sichtbare Spuren hinterlassen hatte.

## Ein junges Mädchen im Autobus verbrannt

An der hastigen Kiste bei Zrum hat sich ein schreckliches Auto-Unglück ereignet. Ein Verkehrs-Autobus, der 14 englische Damen von St. Jean de Luz nach dem Kloster von Boyola beförderte, stieß auf der Chaussee bei Renteria infolge Unachtsamkeit des Fahrers auf einen Baum, stürzte in den Graben und begab die Insassen unter sich. Der Motor explodierte und setzte den Wagen in Brand. Ein junges Mädchen, das sich aus besonders unglücklicher Lage nicht rechtzeitig retten konnte, verbrannte völlig. Eine zweite Insassin erlitt lebensgefährliche Brandwunden, und auch die übrigen Insassen wurden sämtlich schwer verletzt. Der Chauffeur des Wagens, der mit leichteren Brandwunden davonkam, ist vollständig zusammengebrochen und weint beständig.

Ein Gefängnis brennt. In Houston (Texas) im Staatsgefängnis gerieten bei einer Kinovorstellung mehrere Filme durch ein unvorsichtigerweise fortgeworfenes Streichholz in Brand. Zwei Gefangene kamen in den Flammen um, 21 wurden schwer verletzt.

Ein Sturzunfall in Berlin. Am Montag nachmittag stürzte bei Abrichtarbeiten am Gebäude des alten Kolonialmuseums am Lehrter Bahnhof in Berlin durch den Absturz zweier Arbeitslören die Decke des Abbruchgebäudes ein. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet. Drei Arbeiter wurden schwer bzw. leicht verletzt.

Ein Berliner Ringbahnzug entgleist. In der Nähe des Ringbahnhofes Westend entgleiste am Montag kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof ein aus Grünwald kommender Ringbahnzug. Der Zug war in voller Fahrt als die Lokomotive plötzlich aus den Schienen sprang und die nachfolgenden drei Wagen dritter Klasse aus den Gleisen geschleudert wurden. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Großfeuer in der Berliner City. In dem Hause Potsdamerstraße 35 in Berlin brach am Montag nachmittag ein Feuer aus, das beim Eintreffen der Feuerwehr bereits auf den ganzen Dachstuhl mit seinen vielen Bodenkammern übergegriffen hatte. Aus sieben Schlauchleitungen wurde Wasser gegeben. Ein Bewohner der vierten Etage mußte wegen einer schweren Rauchvergiftung ins Krankenhaus geschafft werden. Der Dachstuhl ist völlig ausgebrannt. Erst in den späten Abendstunden konnte das Feuer eingedämmt werden. Die Entstehungsurache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. Der Sachschaden ist sehr hoch und nur teilweise durch Versicherungen gedeckt.

Bestesragende in der Großstadt. In Berlin-Schöneberg hat sich am Montag abend in einem Hause der Grünwaldstraße eine blutige Eifersuchtstragödie abgepielt. Die 52jährige Elisabeth Uhl wurde in ihrer Wohnung von ihrem Geliebten, einem angeblichen Baron von Anzin mit dem 25jährigen Seemann Hain überrascht. Nach einem kurzen heftigen Wortwechsel zog Anzin eine Pistole hervor und feuerte auf seine Geliebte und den Nebenbuhler mehrere Schüsse ab. Beide wurden schwer verletzt. Nach vollbrachter Tat flüchtete der Täter und entkam. Frau Uhl und Hain wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Kursgegenständen gehören. Es sei auch belanglos, ob der Schuldner noch über eine andere Uhr in seiner Wohnung verfügen könne oder ob dies nicht der Fall sei. Es müsse dem Schuldner überlassen bleiben, sich für einen geringfügigen Betrag eine Uhr anzuschaffen, welche die Zeit richtig anzeige und die Standuhr entbehrlich mache. Sei aber die Standuhr als ein entbehrlicher Kursgegenstand zu erachten, so sei der Antrag des Gläubigers auf Pfändung der Standuhr unbedingt als gerechtfertigt anzusehen.

In den Badeanstalten Fallendamm und Krähentisch betrug die Temperatur: Wasser 18 Grad, Luft 16 Grad.

## 7870 Konkurse im Jahre 1927

Das Reichsstatistische Amt stellt für das Jahr 1927 rund 7870 Konkurse fest. In dieser Zahl sind auch solche Konkurse eingeschlossen, die wegen Mangel an hinführender Masse abgelehnt werden mußten. Gegenüber dem Jahre 1926, wo 16 820 Konkurse zu erledigen waren, ergibt sich ein Rückgang um mehr als 50 Prozent. Auch im Durchschnitt der letzten vier Vorlesejahre, 1909 bis 1913, waren die Konkurse mit 11 534 wesentlich höher. Von der Günst der heillosen Konjunktur im Jahre 1927 scheinen besonders die Erwerbsunternehmer profitiert zu haben, denn für sie ergibt sich der größte Rückgang der Konkursanmeldungen.

Im übrigen hat sich der Anteil der einzelnen Geschäfts- und Erwerbszweige an den Konkursen und Geschäftsausschüssen bzw. Vergleichsverfahren gegenüber 1926 wesentlich verändert. Der Anteil des Baugewerbes stieg allerdings von 2,5 Prozent auf 3,9 Prozent. Eine Sicherung ist auch für die Landwirtschaft festzustellen und zwar von 1,6 auf 2 Prozent. Hier muß man allerdings berücksichtigen, daß sich die Liquidation des bankrotten Besitzes in der Landwirtschaft mehr in der Zwangsversteigerung und weniger im Konkursverfahren vollzieht. Zurückgegangen ist der Anteil der Textilindustrie (von 2,7 auf 2,5 Prozent) und des Bekleidungsgebietes (von 6 auf 3,9 Prozent).

## Die Preisbildung der Konsumvereine

Auf einer Tagung des Zweigverbandes Norden des Bäder- und Kurvereineverbandes „Germania“, die am 25. Juni in Breech abgehalten wurde, sagte Bäderobermeister Krafft (Hamburg) unter anderem:

„Sehen wir uns . . . Konsumvereinsbäder . . . an, so sehen wir stets die Tendenz, die Ware möglichst recht groß zu liefern und trotzdem recht billig abzugeben.“

Wenn die Herren Bädermeister unter sich sind, so geben sie schon zu, daß die vielgeschmähten Konsumvereine doch manches recht gut machen. Etwas anders klingt das Vieh freilich, wenn sie nicht unter sich sind.

## Filmschau

Scharburg. Wenn wir uns an das Wort „Ende gut, alles gut“ halten, ist der Spielplan ausgezeichnet. Denn der Biberpelz, nach dem glänzenden Lustspiel von Gerhart Hauptmann von der Defu gedreht, ist famos. Herrliche Veräppelung des schneidigen Wilhelmianischen Beamtentums, glänzende Typen: Lucie Hüflich als Mutter Wolfen, Roberts als Wehrhahn. Die Sache macht Spaß. Doppelten, wenn man weiß, daß die Defu zum Hugenbergtrutz gehört. Was wollen Sie? Geschäft ist eben Geschäft. Und außerdem wird dem Zuschauer zu vor mitgeteilt, daß nicht etwa das Kaiserium gemeint sei, sondern nur der Amtschimmel, den es ja leider auch gegeben habe. Und damit ist denn glücklich die schwarz-weiß-rote Seele geteilt und auch der brave Bürger darf sich mit Genug der lustigen Diebstahlskomödie hingeben. — Leider nimmt der Biberpelz aber nur den kleineren Teil der Vorstellungsgeld ein, und was es sonst noch gibt, zwei amerikanische Filme, ist schlimmer als Ritz. Das Lustspiel, so blöd wie die meisten, die „Frau im Hermelin“ eine künstlerisch wertlose, langweilige und schmierige Sache. Aber so was muß man wohl immer in Kauf nehmen, um einen guten Film zu sehen.

# Schicksal eines Lehrlings

## Lieblose Eltern / Grausamer Lehrherr — das Ende: Verzweiflung am Leben

In Schnelsen bei Hamburg trug sich dieser Tage eine Tragödie zu, wie sie fast alle Tage in der Zeitung zu lesen ist. Ein 19jähriger Lehrling überfährt, vermutlich Selbstmord — fünf Zeilen im Lokalen — Schluß. In diesem Falle ist aber die Redaktion des „Echo“ den Dingen nachgegangen — und vor uns entrollt sich die furchtbare Tragödie eines jungen Menschen, der Unjähliches litt, ehe er aus der Hölle des Lebens in den Tod floh.

Der junge Rasch besuchte das Gymnasium in Bremen. Er war geistig und körperlich gut entwickelt, beherrschte mehrere Sprachen und war auch sonst mit hervorragenden Kenntnissen ausgestattet. Er wurde als äußerst gutmütig und bescheiden bezeichnet. Die Eltern waren bestrebt, ihren Sohn in einem Gärtnereibetrieb unterzubringen. Sie suchten lange nach einem passenden Lehrherrn, bis sie endlich im März 1928 den Gärtnereibesitzer Vierßen fanden, der vorher in Barmen ansässig war und dort in recht üblem Ruf gestanden hatte. Seit Mitte März war R. bei diesem Lehrherrn in Stellung, der in Schnelsen ein neues Gelände pachtete.

Die Eltern zahlten dem Lehrherrn eine jährliche Vergütung von 1500 Mark, die im Mai dieses Jahres auf 5000 Mark erhöht wurde.

R. war kaum einige Tage in seiner neuen Stellung, da wurde er schon von seinem Lehrherrn in roher und bestialischer Weise geprügelt und mißhandelt. Fast täglich führte diese Behandlung des wehrlosen Jungen zu scharfen Auseinandersetzungen in der Nachbarschaft. Viele Einwohner wußten bereits von diesen furchterlichen Mißhandlungen. Nach und nach nahm die Bevölkerung sogar eine drohende Haltung gegen den Gärtnereibesitzer an. Der Volontär war trotz des furchtlichen Lehrgeldes seiner Eltern in einem kalten und primitiven Kellerzimmer des Hauses untergebracht. Er schlief und stöhnte oft ganze Nächte und lenkte dadurch wiederholt die Aufmerksamkeit der Passanten auf seine Qualen.

Durch die entsetzlichen und gemeinen Quälereien war der Junge allmählich am ganzen Körper mit schweren Wunden bedeckt.

J., ein Mitbewohner des Hauses, in dem R. wohnte, hat den Arzt Dr. J. aus Schnelsen wiederholt, dem Mißhandelten die Wunden zu verbinden; leider stets ohne Erfolg. Außerdem hat J. den Gendarmen W. auf die empörende Behandlung hingewiesen; auch das war ohne Erfolg. J. wandte sich dann brieflich an die Eltern des unglücklichen Jungen. Als er hierauf keine Antwort bekam, entschloß er sich, persönlich zu den Eltern nach Bremen zu reisen. J. gab beim Eintreffen in Bremen den Grund seiner Anwesenheit an, wurde aber bei den Eltern nicht zugelassen. Er mußte unverrichteter Weise wieder heimkehren.

Die Eltern hatten also offensichtlich kein großes Interesse, sich um das Wohl ihres Sohnes zu kümmern.

Nach hat den Ortseinwohnern oft erklärt, daß er dies Leben nicht länger ertragen könne. Vor etwa acht Wochen überfuhrte J. den R. bei einem Selbstmordversuch. Vor etwa vier Wochen wiederholte sich derselbe Fall. J. war einer der wenigen, der für die Leiden des unglücklichen R. volles Verständnis hatte. Sehr oft hat R. Gelegenheit genommen, dem J. sein Herz auszusprechen. Es ist einfach unbegreiflich, daß alle Bemühungen des J. sowohl bei den Eltern als auch bei der Polizei erfolglos blieben. Erschütternd ist es, wenn man erfährt, daß R. seinen Lehrherrn über den Kopf hinweg gebeten hat, nicht immer auf den Kopf zu schlagen. Als der Gärtnereibesitzer R. von J. auf das Ungebührliche seiner rohen Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde,

erwiderte der Lehrherr, der Junge sei nichts wert und zu nichts zu gebrauchen; er müsse eigentlich totgeschlagen werden.

Als Begründung führte er an, daß ihm von den Eltern das Zuchtigungsrecht übertragen sei. Endlich nahm das Unglück seinen Lauf. R. machte seinem Leben ein Ende, weil er dies Leben nicht mehr ertragen konnte.

Ein Chauffeur hat noch beobachtet, wie der Junge in schnellem Lauf aus der Gartentür seines Lehrherrn heraustrat, auf die Straße eilte und sich vor die Räder des Lastkraftwagens warf. Die eine Radseite zerquetschte ihm Brust und Hals, so daß der Tod sofort eintrat. J. hat eine Viertelstunde nach diesem Unglücksfall ein Telegramm an die Eltern des unglücklichen R. ausgegeben er teilte hierin mit, daß ihr Sohn Heinrich überfahren und getötet worden sei.

Bis heute ist aber keinerlei Antwort von den Eltern eingetroffen.

Das ist der Leidensweg des jungen R. Es ist einfach unverständlich und unfassbar, daß die Eltern sich so wenig um ihr Kind kümmerten und daß es einen Lehrherrn geben kann, der seinen Lehrling so unmenschlich behandelte.

Eltern und Lehrherr haben eine schwere Schuld auf sich geladen.

Vielleicht erhält die ganze Angelegenheit noch eine andere Bedeutung, wenn man erfährt, daß dem aus dem Leben geschiedenen R. am Tage seiner Mündigkeit 400 000 Mark zur Verfügung gestanden hätten. Seine Mutter ist mit dem Direktor Kleemann von den Schließelwerken, Bremen-Deilmehorst, in zweiter Ehe verheiratet. R. ist ein Kind aus der ersten Ehe. Sollten hier noch andere Beweggründe vorliegen?

Die gesamte Bevölkerung in Schnelsen ist empört und erschüttert über das tragische Schicksal des R. Eine einwandfreie und genaue Untersuchung des schrecklichen Vorfalles ist dringend erforderlich, damit die Schuldigen, die ein blühendes Menschenleben auf dem Gewissen haben, zur Verantwortung gezogen werden. Hoffentlich nimmt sich die Staatsanwaltschaft recht energig dieser Sache an.



# Norddeutsche Nachrichten

## Provinz Lübeck

**Schwartau-Rensfeld.** SPD. Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 4. August, abends 8 Uhr im „Gasthof Transvaal“. — Sitzung des Parteivorstandes am Mittwoch, dem 1. August, abends 7.30 Uhr. — Sitzung der Bezirksführer und Führerinnen am Donnerstag, dem 2. August, abends 7.30 Uhr in „Transvaal“.

**Lübeck (Vst. Lübeck).** Jede Minute ein Auto! Trotz des meist ungünstigen Wetters hat auch in diesem Sommer die Gutlin-Lübecker Chaussee einen starken Autoverkehr auszuhalten. Am heutigen Sonntag nachmittag z. B. wurden in der Zeit von 4 bis 5 1/2 Uhr 98 Autos gezählt, so daß auf jede Minute durchschnittlich reichlich ein Auto kam. Von diesen 98 Autos gehörten nur 5 bzw. 11 dem Landesteil und dem Freistaat Lübeck an, während auf Hamburg 33 und auf Schleswig-Holstein 31 entfielen; der Rest verteilte sich auf andere Länder und Provinzen. Gegen Abend steigerte sich der Verkehr noch, so daß auf die Viertelstunde über 20 Autos kamen. Weit geringer blieb die Zahl der Motorräder. — Nicht allgemein bekannt dürfte sein, daß man hier von der Chaussee aus nicht nur auf die Dörfer der Umgegend (Fassendorf, Barkau usw. bis Gleschendorf), sondern auch bis zum Variner Berg und den 26 Kilometer (Luftlinie) entfernten Tümpeln der Marienkirche Lübecks bei klarem Wetter sieht. Zwecks größerer Uebersichtlichkeit für den Verkehr werden an den Chausseen, namentlich bei Wegbiegungen, mehr und mehr die Knicks entfernt, wodurch stellenweise ganz überraschende Fernsicht gewonnen wird.

**Gutlin.** Die Arbeitgeber als Hemmschuh der Sozialversicherung. Seit Jahren schon wird vergeblich über eine Vereinigung der Ortskrankenkasse und der Landkrankenkasse für den Landesteil Lübeck verhandelt. Der Landesteil Lübeck hat 43 000 Einwohner. Das Gebiet beider Kassen erstreckt sich über den ganzen Landesteil. Es ist also eigentlich selbstverständlich, aus zwei kleinen Kassen eine große Kasse zu machen. Aber in all den Jahren waren sich immer nur die Arbeitnehmervertreter einig über die Zusammenlegung, bei den Arbeitgebern waren abwechselnd diejenigen der Orts- bzw. der Landkrankenstellen dagegen. Nun haben aber beide Kassen verhältnismäßig schlecht mit ihrer Jahresrechnung abgeschlossen. Es drohen bei beiden Kassen Beitragserhöhungen. Um diese zu vermeiden, leiteten die Vorstände erneut Vereinigungsverhandlungen ein. Es wurden andere, bereits vereinigte Kassen befragt, Vergleiche angestellt usw. Das gesammelte Material weist jedem, der es überhaupt nur begreifen will, klar nach, daß eine Vereinigung der beiden Kassen wesentliche Vorteile bringt. In der Sitzung am 8. Juli d. J. beantragten daher die Arbeitgeber der Ortskrankenkasse die grundsätzliche Vereinigung. Eine Kommission sollte die Vereinigungsmodalitäten festlegen. Für Freitag, den 27. d. Mts. waren daher zunächst getrennte Ausschusssitzungen angesetzt, wo die positiven Vereinigungsbeschlüsse gefaßt werden sollten, um anschließend in einer gemeinsamen Sitzung beider Kassenausschüsse die Vereinigung zu vollziehen. Nun stimmten aber plötzlich die Arbeitgeber der Ortskrankenkasse dagegen. Sie behaupten, entgegen der Bestimmung des Vorstandes einfach, die Ortskrankenkasse stehe sich gut und die Landkrankenstelle dagegen unerträglich schlecht; sie seien daher gegen eine Vereinigung. Vom Vorstand wurde ausdrücklich versichert, daß nunmehr eine Beitragserhöhung in beiden Kassen durchgeführt werden müsse, welche bisher nur mit Rücksicht auf die Vereinigung hinausgeschoben sei. Die festgestellten Verhältnisse garantieren aber dafür, daß im Falle einer Vereinigung der Kassen eine Beitragserhöhung in absehbarer Zeit nicht nötig gewesen wäre. Es hätten ohnedem wesentliche Ersparnisse gemacht werden können. Jedoch, all diese Gründe und all diese Tatsachen konnten die Arbeitgeber nicht einmal zum Nachdenken veranlassen. Sie wollten eben grundsätzlich die Vereinigung vereiteln. Eine solche Stellungnahme nur, weil die Kreise der Landkrankenstelle angeblich größeren Vorteil von der Vereinigung haben. So sieht die Arbeit der Bürgerlichen aus, man schiebt nach Verwaltungsreform, verhindert sie aber dort wo ihre Durchführung möglich wäre. — Der Vorsitzende des Vorstandes beantragte sofort die Erhöhung der Beiträge, worüber am 20. August verhandelt werden soll. Dasselbe wird auch bei der Landkrankenstelle kommen.

## Medienburg

**Grevesmühlen.** Aus dem Kirschbaum gestürzt. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag in dem benachbarten Dorfe Zeese. Der 17-jährige Hans Kröger, der bei dem dortigen Hofbesitzer Tanger im Dienst steht, war mit Kirschpfählen beschäftigt. Er verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte zu Boden. Der Verunglückte zog sich einen beiderseitigen Ferseineinbruch zu und mußte sofort ins Wismarer Krankenhaus gebracht werden.

**Offebach Graal.** Einbruchsdiebstahl im Stationsgebäude. In dem Stationsgebäude der Bäderbahn Graal-Müritz wurde in der Nacht zum gestrigen Freitag ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt. Den Dieben fielen 200 Mk. in barem Gelde in die Hände. Außerdem entwendeten sie einen braunen Reisefloffer mit Damenkleidungsstücken. Die polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet. Bisher ist es noch nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden.

**Barthim.** Unglückliche Liebe. In einem Kornfeld in der Nähe der im südlichen Medienburg gelegenen Ortschaft Rehow sind die Leichen des Gutsbesitzersohnes Abraham und der Gastwirtin Frau Schulz, beide aus Rehow, gefunden worden. Abraham hatte die in den dreißiger Jahren stehende Frau Schulz, Mutter von mehreren Kindern, durch mehrere Schüsse getötet und sich dann selbst erschossen. Die beiden Toten waren seit Sonnabend vermisst worden und nach langem Suchen von Verwandten gefunden. Der Grund zur Tat soll in unglücklicher Liebe zu suchen sein.

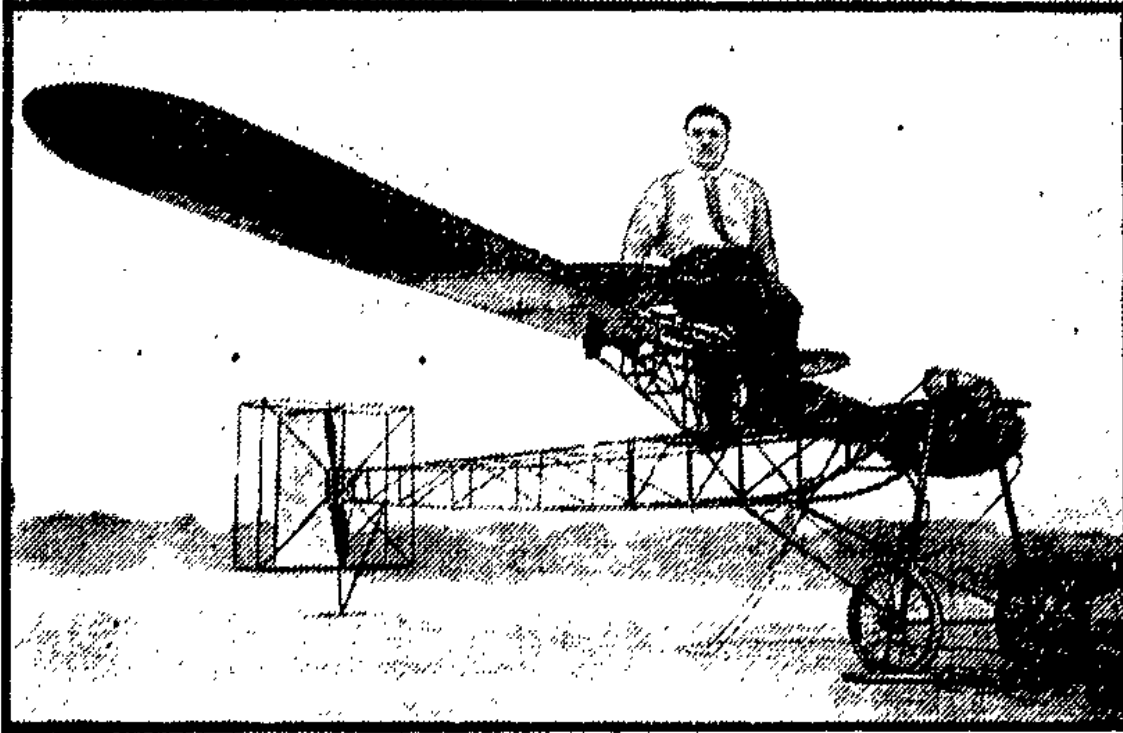
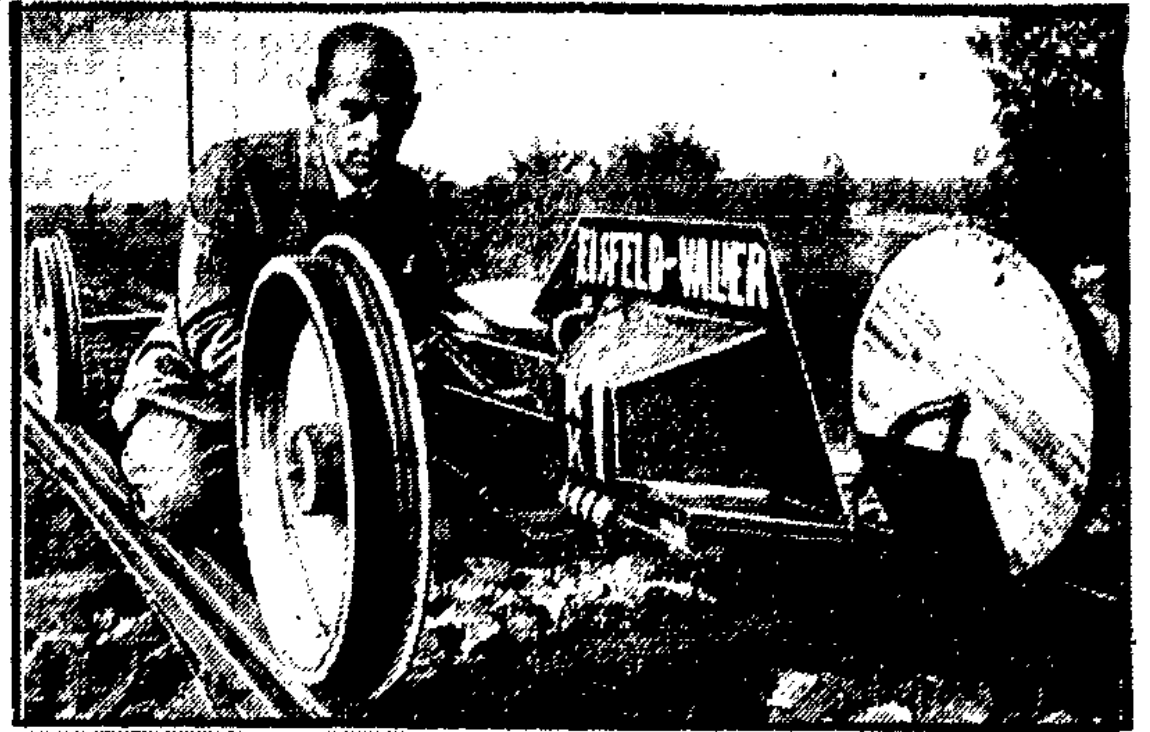
**Rostock.** Reichsbanner-Ausschreitungen in Medienburg. Unter dieser Überschrift verbreitet die Rechtspresse in den letzten Tagen Tartaren-Nachrichten über angebliche blutige Zusammenstöße zwischen Reichsbanner und Stahlhelm in Bepelow bei Neubukow. Diese Nachrichten sind derart plump übertrieben, daß das Medienburger Landvolkorgan sich gezwungen sah, sie zu berichtigen. Wir haben uns in Rostock erkundigt; es handelte sich um eine ganz gewöhnliche Kauferei, wie sie jeden Sonntag in irgendeinem Dorf vorkommt. Keinem Stahlhelmann ist ein Abgejagter abgeriffen worden. Ernstliche oder gar lebensgefährliche Verletzungen hat keiner der Beteiligten erlitten. Einigen Stahlhelmlieuten wurden dagegen Handhände und Drahtspitzen abgenommen. Wären nicht zufällig auch Reichsbannerleute daran beteiligt gewesen, hätte kein Hahn danach gekräht. So aber wird die Kauferei zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht und von der ganzen deutschen Rechtspresse aufgegriffen und gegen das Reichsbanner ausgeschlachtet.

**Ribitz.** Der Viehhändler als Pferdedieb. Als arger Gauner entpuppte sich der in Stralsund geborene Pferdedieb Hülst, der sich auf kurze Zeit mit seiner angeblichen Viehle in unserer Stadt niedergelassen hatte, um in Gemeinschaft

# Mus der Welt der Technik

## Ein neues Raketenauto

Unser Bild zeigt Walter, der sich jetzt von Opel getrennt hat, beim Einsetzen der Raketen in seinen Wagen, den sogen. „Eisfeld-Walter“.



## Ein neuartiges Flugzeug

Im Berliner Flughafen wird gegenwärtig ein sogenanntes Schraubenflugzeug erfolgreich ausprobiert. Der Erfinder ist ein Ingenieur Jaschka. Die unbemannte sich vom Boden erhebende Maschine besitzt eine 7 Meter große horizontale, rotierende, durch Motorkraft angetriebene Schraube und wird durch zwei Kessel stabilisiert. Die Maschine ist 110 Kgr. schwer und konnte mit einem 300 PS-Motor bereits zum Schweben gebracht werden. Die weitere Verwirklichung dieser Maschine bietet ungeahnte Möglichkeiten, z. B. Starten vom Dach bzw. Landen und Starten auf der kleinsten Fläche. Unser Bild zeigt den Erfinder mit der neuartigen Maschine.

## Umwandlung von Holz in Fleisch

Dem Kohlenstoffkristall Prof. Dr. Bergius ist es an Hand verfeinerter wissenschaftlicher Experimente gelungen, die im Brennholz enthaltene Zellulose in verdauliche Kohlehydrate umzuwandeln. Dieses Problem ist von um so größerer Bedeutung, als Deutschland Kohlehydrate in Form von Getreide und Mais im Werte von über 700 Millionen Mark einführt. Die aus dem Holz gewonnenen Kohlehydrate werden in Zucker umgewandelt und zur Viehfütterung verwandt. Auf diesem Wege erhalten wir demnach aus Holz oder seinen Abfällen Fleisch.

# Ein Kulturwerk der Medienburger Sportgenossen

## Stadionweihe in Rostock

Ein Kulturwerk, welches weit über die Grenzen Medienburgs Anerkennung verdient, hat sich das Arbeiter-Sportkartell Rostock geleistet. Auf einem ursprünglich brach liegenden Gelände ist von den Arbeitersportlern nach jahrelanger Arbeit eine Stätte geschaffen worden, welche am letzten Sonntag ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Am Sonnabend mittag begannen schon die Vorbereitungen der Kinderabteilung. In der Philharmonie fand am Abend im festlich geschmückten Saale die Begrüßung statt. Unfer den gut gelungenen Darbietungen der verschiedenen Vereine hatten die uns nahestehenden Organisationen Vertreter entsandt: Gen. Jabel-Hamburg als Vertreter des 3. Kreises im V.T.u.S.P., Lettow vom WVB, Rostock, Hoffmann vom J.B. und Ma-Bund, Bremer als Vertreter der sozial. Stadtverordnetenfraktion und der SPD, Dr. Linden berg als Vertreter des Reichsbanners. Am Sonntag morgen begannen dann die Wettkämpfe im Stadion. Ein Massenanzug der Spielleute fand auf dem Margaretenplatz statt. Der Festzug zog sich aus über 3000 Teilnehmern zusammen. Vier Lautsprecher sorgten dafür, daß alle Ansprachen auf dem Festplatz von den 10 000 Zuschauern deutlich gehört wurden.

Die Festansprache hielt der Reichstagsabgeordnete Gen. Schredl-Bielefeld. Seine vorzüglichen Ausführungen waren hohe Anerkennung für den großen Idealismus und die praktische Solidarität, die das Werk der Rostocker Arbeitersportler schufen. Es sei ein Wert, welches Zeugnis ablegt davon, daß in der Arbeiterschaft die Erkenntnis lebendig geworden ist, daß über den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen nicht vergessen wer-

den darf, zu ringen für den kulturellen Aufstieg. Durch jahrzehntelanges Ringen habe sich die Arbeitersportbewegung Anerkennung verschaffen müssen bei den bürgerlichen, kapitalistischen Gegnern und auch in der Arbeiterbewegung selbst. Mit begeisterten Worten feierte der Redner die große Kulturart der Rostocker Arbeitersportler. Sein Freiheits als Weisheitspruch brauchte tausendfach über den Platz. Sodann nahm der Ministerpräsident von Medienburg-Schwerin, Gen. Schröder, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Er überbrachte die Grüße der Regierung und gab seiner Freude Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, der Einweihung eines solch schönen und eigenen Stadions der Rostocker Arbeitersportler beizuwohnen. Er forderte die Sportler auf, neben der notwendigen sportlichen Betätigung niemals den politischen und wirtschaftlichen Kampf zu vergessen. Als Vertreter der Stadt sprach Herr Stadtrat Dr. Langerstein. Auch die Stadt Rostock sei stolz darauf, ein Kulturwerk in seinen Mauern zu haben, das weit über Medienburgs Gasse hinaus das schönste Vereinsstadion sei. Die freiwillig gewählte Lage des Stadions sei vorzüglich. Er stellte fest, daß auch die Stadt Rostock mit nicht unerheblichen Mitteln finanziell mitgeholfen habe. Er wünschte, daß das Stadion zur Gesundung der Jugend erheblich beitragen möge zum Wohle des deutschen Vaterlandes.

Etwa 250 Turner marschierten zu den Freiübungen mit Musik auf. Es klappte alles vorzüglich. Noch beim Abmarsch der Turner marschierten bereits die Turnerinnen zu den Freiübungen mit Musik auf. Sie ernteten reichen Beifall.

Sodann fanden die Sondervorführungen der verschiedenen Vereine statt. Auch ein lebendes Schauspiel wurde begeistert aufgenommen.

mit seinem hiesigen Kollegen Heintze Viehhandel zu treiben. Als Heintze eines Tages auf dem Felde arbeitete, erschien Hülst bei dessen Ehefrau und gab an, daß er ihrem Manne ein Pferd nachbringen solle. Die arglose Frau ließ ihn gewähren und war nicht wenig überrascht, als sich bei der Rückkehr ihres Mannes alles als Schwindel herausstellte. Der Dieb hatte das weite gesucht, jedoch gelang es inzwischen, das Pferd in Triebsees zu beschlagnahmen. Hülst, gegen den ein Haftbefehl erlassen ist, wird fleißig verfolgt.

## Hansestädte

**Hamburg.** „Monte Cervantes“ noch nicht flott. Nach den Mitteilungen, die bei der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft von dem Kapitän des M.S. „Monte Cervantes“ eingetroffen sind, haben die Reparaturarbeiten inzwischen nicht den Fortschritt genommen, der ursprünglich erwartet war. Die Reederei hatte mit der Hamburg-Amerika-Linie vereinbart, deren zurzeit im Hamburger Hafen befindlichen Dampfer „General Belgrano“ für eine etwa erforderliche werdende Abnahme der Passagiere vom M.S. „Monte Cervantes“ bereit zu halten. Dampfer „General Belgrano“ ist heute von Hamburg nach Spitzbergen in See gegangen. Die Lage, in der sich das M.S. „Monte Cervantes“ gegenwärtig befindet, birgt für die Passagiere keine Gefahr, so daß kein Anlaß zur Beunruhigung wegen der Passagiere vorhanden ist.

**Bremerhaven.** Opfer der Arbeit. Am Kaiserhafen wurde der Rangierarbeiter Hermann Busch beim Antoppeln von

Eisenbahnwagen überfahren und getötet. Busch wollte unter den Puffern hindurchziehen, kam auf dem seuchten Pflaster zu Fall und geriet unter die Räder.

## Schleswig-Holstein

**Wandsbek.** Arme Bauern. Die Gemeindevertretung von Barsbüttel beschäftigte sich mit der Befragungsfrage am Verfassungstage und stellte fest — daß die finanzielle Lage der Gemeinde die Beschaffung einer Reichsflagge nicht gestattet!

## Briefkasten

**Emil J.** In Ihrer Angelegenheit haben wir uns direkt an die zuständige Stelle gewandt und hoffen, etwas in Ihrem Sinne zu erreichen. Sprechen Sie bitte Ende dieser Woche auf der Redaktion vor. Wir werden Ihnen dann Näheres mitteilen!

## Für die Reise

Wanderungen und das Wohngeld unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezähntem Borstenschmitt zur Befestigung saugender, abreibender Speisereste in den Zahngewölkern und zum Weispuhen der Zähne. Die gef. gef. Chlorodont-Zahnbürste von bester Qualität, für Erwachsene 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf., ist in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung überall erhältlich.



